

2.1 Demographisches Wissen und politische Verantwortung

Überlegungen zur Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert^x

Der Aufsatz befaßt sich mit der Frage, warum der Kenntnisstand und das allgemeine Bewußtsein bezüglich der wechselseitigen Bedingtheit der demographischen und gesellschaftlichen Probleme in Deutschland unbefriedigend ist und warum die Politik ihrer Verantwortung nicht gerecht wird, die darin besteht, die Öffentlichkeit über die demographische Entwicklung umfassend aufzuklären. Die Dringlichkeit einer sachlichen Aufklärung über die demographischen Fakten und Entwicklungstrends wird an Hand von demographischen Projektionsrechnungen für Deutschland im 21. Jahrhundert erläutert. Bei diesen Berechnungen handelt es sich nicht um apodiktische Vorhersagen oder um Prognosen, sondern um "Wenn-Dann-Aussagen" über die Zukunft, d. h. um nachprüfbar, diskurs- und kritikfähige Aussagen und Argumente. Es wird dargelegt, daß Demographie und Demokratie aufs engste miteinander verbunden sind und daß in einer Demokratie, die ihrer Verantwortung für die nachwachsenden Generationen, deren konkrete Lebensbedingungen von der demographischen Entwicklung entscheidend bestimmt werden, gerecht werden will, Bevölkerungspolitik nicht mit dem Hinweis auf die Fehlentwicklungen in der Zeit des Nationalsozialismus tabuisiert werden darf. Die These des Beitrags lautet, daß Bevölkerungspolitik - vor allem die Familienpolitik, die Migrationspolitik und die Integrationspolitik - mit den Zielen unserer demokratischen Gesellschaft nicht nur vereinbar ist, sondern dringend gebraucht wird, um diese Ziele zu erreichen.

1. Einführung

Im jetzt zu Ende gehenden 20. Jahrhundert wurden die Weichen für die demographische Entwicklung Deutschlands in den nächsten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts gestellt. Die durch den drastischen Rückgang der Geburtenzahlen in den 70er und 80er Jahren nicht Geborenen fallen als Eltern künftiger Generation aus. Die Schrumpfung der Bevölkerung - ohne Einwanderungen - seit Anfang der 70er Jahre läßt sich nicht an einem beliebigen Punkt anhalten, sondern bewirkt einen abermaligen Rückgang der Geburten- bzw. Elternzahlen usw. Die Metapher der Weichenstellung scheint diesen Prozeß der Eigendynamik der Schrumpfung treffend wiederzugeben. Aber von einer Weichenstellung zu sprechen bedeutet, von einer entsprechenden Handlung auszugeben, die jemand - ob bewußt und

^x Dieser Beitrag wurde in leicht veränderter Form bereits in Heft 3/1998 der Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft - Demographie veröffentlicht.

absichtsvoll oder nicht - vollzogen hat. Aber so ist es ja gerade nicht: Obwohl die Metapher der Weichenstellung im Hinblick auf das Ergebnis des Prozesses nicht falsch ist, sagt sie nichts darüber aus, wie es überhaupt zu der Richtungsänderung kam, und es ist in der Tat unmöglich, den Akteur und seine Absicht zu benennen, weil die eingeschlagene Entwicklungsrichtung das Ergebnis der individuellen Einzelentscheidungen der Millionen von Mitgliedern unserer Gesellschaft ist. Die Individuen legen durch ihr demographisch relevantes, an persönlichen Zielen orientiertes Verhalten die makro-demographischen Struktur- und Veränderungsgrößen fest, deren Folgen in der Demographie analysiert werden, und zwar ohne daß sich die Individuen über die Folgen ihres Verhaltens auch nur schemenhaft im klaren sind.

Hier berührt der Bereich des Demographischen die Politik, denn deren Selbstverständnis gründet in einer Demokratie auf dem Prinzip, daß Politik den Willen des Wählers nicht ignoriert und nicht nach ihren Zielen manipuliert, sondern ihn idealerweise umsetzt, also das wirklich werden läßt, was alle wollen. Weil das so ist, weil nach dem Selbstverständnis unserer Demokratie alle und somit, wenn es konkret wird, niemand für die im Gange befindliche Entwicklung als Handelnder, der die Weichen gestellt hat, verantwortlich ist, ergibt sich die Frage, worin denn eine Verantwortung der Politik für die demographische Entwicklung überhaupt liegen könnte, wem gegenüber es gegebenenfalls eine Rechenschaftspflicht gibt und welche Veränderungen anzustreben sind, damit die Politik ihrer Verantwortung gerecht wird.

Die Verwendung des Begriffs der Verantwortung, der heute im moralischen Bewußtsein zunehmend an die Stelle des alten Begriffs des Ethos tritt, setzt dreierlei voraus: Erstens müssen die Verhältnisse, um die es geht, überhaupt vom Handeln des Menschen abhängen. Zweitens muß Klarheit und Konsens darüber bestehen, daß die Verhältnisse anders sein sollten als sie sind oder zu werden versprechen, und drittens muß die Problematik viele betreffen und nicht nur einzelne Menschen. Die erste Voraussetzung ist in hohem Maße erfüllt. Denn die demographischen Verhältnisse in unserem seit einem halben Jahrhundert von Naturkatastrophen, Kriegen und anderem schicksalhaften Unheil glücklicherweise verschonten Land sind praktisch zur Gänze auf das menschliche Verhalten zurückzuführen. Wenn man genauer hinsieht und die in der Theorie des generativen Verhaltens beschriebenen Bedingungskonstellationen und Ursache-Wirkungsbeziehungen betrachtet, zeigt sich zwar, daß sich das generative Verhalten als Ursache der demographischen Trends nicht einfach als das Resultat einer Entscheidung unter der Bedingung der Willensfreiheit interpretieren läßt: Wir wählen zwar immer zwischen Alternativen, aber wir haben keine Wahlfreiheit in bezug auf die Art und Menge der Alternativen, aus denen wir unsere Handlungen auswählen, und zwar auch dann nicht, wenn in jeder einzelnen Handlungssituation absolute Willens- und Wahlfreiheit bestehen würde, weil die Art und Zahl der Handlungsalternativen in jeder Entscheidungssituation durch unsere eigenen Wahlentschei-

dungen in den vorangegangenen Entscheidungssituationen festgelegt sind, ohne daß wir uns dieser Folgen im jeweiligen Entscheidungsakt hinreichend bewußt wären (Birg/Flöthmann/Reiter 1991). Aber obwohl die Mikro-Strukturen des generativen Verhaltens das Problem der Zurechenbarkeit der Handlungsergebnisse zu den Handlungsakteuren höchst kompliziert erscheinen lassen, kann kein Zweifel daran bestehen, daß die demographischen Verhältnisse, um die es geht, vom Handeln des Menschen abhängen, so daß die erste Voraussetzung für die Anwendung des Verantwortungsbegriffs erfüllt ist.

Ob auch die zweite Voraussetzung, das Vorhandensein bestimmter Ziele über die erwünschte demographische Entwicklung, erfüllt ist, scheint weniger eindeutig klärbar. Denn es gibt viele Menschen, die eine Bevölkerungsschrumpfung bzw. eine ihrer wichtigsten Folgen - die demographische Alterung in Deutschland - nicht nur nicht mit Sorge betrachten, sondern sogar als etwas Positives begrüßen, was in Buchtiteln wie "Wachstumsmotor Alter(n)" (Friedrich-Ebert-Stiftung 1997) oder "Altern hat Zukunft" (Klose 1993) zum Ausdruck kommt. Die dritte Voraussetzung, daß von der Problematik nicht nur einzelne, sondern viele Menschen betroffen sind, ist in einem so unbezweifelbaren Maße erfüllt, daß es schon deshalb gerechtfertigt erscheint, den Begriff Verantwortung auf die Beziehung zwischen Demographie und Politik anzuwenden.

Darüber hinaus gibt es aber noch einen grundsätzlichen Zusammenhang zwischen Demographie und Demokratie, der die Anwendung des "Prinzips Verantwortung", wie es Hans Jonas genannt hat, auf das Verhältnis von Demographie und Politik geradezu erzwingt (Jonas 1979). Der Zusammenhang ergibt sich daraus, daß sich die Politik in bezug auf die Prämissen ihrer Handlungslogik so verhält, als wäre sie dem biologischen Selektionsprinzip unterworfen. Sie handelt nach der Maxime, daß nur der Recht habe, das Rechte tun und die Verhältnisse zum Besseren ändern kann, der die Macht dazu hat, was nur dem möglich ist, der bei Wahlen politisch überlebt. Wer politisch nicht überlebt, kann das Rechte, für dessen Durchsetzung Macht erforderlich ist, nicht tun. - Aber hat der, der politisch überlebt, dadurch auch Recht? Wer dies bejaht, räumt dem Überlebensprinzip um jeden Preis als einem genuin biologischen Prinzip eine Priorität ein, so daß ihm das Recht als ein sittliches Prinzip untergeordnet ist. Wer nur den Wahlerfolg im Auge hat, mag in politischer Hinsicht in der jeweiligen Situation tatsächlich überleben, aber ob der momentane Erfolg auch das Überleben in der nächsten und übernächsten Bewährungsprobe sichert, ist damit nicht entschieden. Wichtiger als gewählt zu werden sind die Gründe, derentwegen man gewählt oder nicht gewählt wird. Ich möchte den Zusammenhang zwischen Demographie und Politik zuspitzen und in die Form folgender Analogie fassen: Ein Volk kann biologisch-demographisch durch ein niedriges Geburtenniveau ständig in seiner demographischen Substanz Einbußen erleiden und trotzdem überleben und sich weiterentwickeln, wenn seine Kultur überlebt und sich weiterentwickelt. Der biologisch-demographische Reproduk-

tionserfolg ist für den kulturellen weder eine notwendige, noch eine hinreichende Bedingung. Die Sorge über das Schrumpfen der Bevölkerung ist so lange überflüssig, wie die die Bevölkerung tragende Kultur überzeugend genug ist, um von anderen Bevölkerungen übernommen, mitgetragen und weiterentwickelt zu werden. Wenn aber diese Bedingung nicht erfüllt ist oder wenn in bezug auf ihre Erfüllbarkeit Zweifel bestehen, ist jede Sorge angebracht.

2. Berechnungen zur demographischen Entwicklung Deutschlands im

21. Jahrhundert

2.1 Annahmen

Die Lust zum Mitdenken, die bei Ausführungen über Berechnungen meist nicht vorhanden ist, kann durch die bloße Wortwahl noch mehr verringert oder umgekehrt vielleicht sogar geweckt werden. Das Wort Prognose ist zu einem Allerweltswort geworden, das die Lust zum Mitdenken abtötet. Die folgenden Berechnungen sind keine Prognosen, sondern einfache "Wenn-Dann-Aussagen über die Zukunft". Diese Wortwahl ist als eine Einladung zum Mitdenken gemeint. Jeder muß oder kann sich selbst ein Bild davon machen, ob die "Wenn-Bedingungen" der Vorausberechnungen wahrscheinlich sind oder nicht. Hält er sie für hoch wahrscheinlich, dann muß er den aus ihnen abgeleiteten "Dann-Folgerungen" die gleiche hohe Wahrscheinlichkeit zuerkennen und umgekehrt. Die "Wenn-Bedingungen" bestehen aus drei Gruppen: (1) Annahmen über die Entwicklung der Fertilität, (2) Annahmen über die Entwicklung der Mortalität und (3) Annahmen über die Entwicklung der Wanderungen.

a) Fertilität

Entscheidend für die Entwicklung der Fertilität ist die von der Kultur einer Gesellschaft abhängige Art der **Beziehungen** zwischen Eltern und Kindern. Sind diese Beziehungen derartig, daß eine von den Eltern **persönlich** ausgeübte Betreuung und Erziehung für angemessen oder notwendig erachtet wird, dann sind die ökonomischen und biographischen Opportunitätskosten von Kindern in einer Gesellschaft mit hohem Entwicklungsstand groß, und das Geburtenniveau ist niedrig. Wird in einer Gesellschaft eine von den Eltern persönlich ausgeübte Betreuung und Erziehung aus kulturellen Gründen nicht für erforderlich gehalten und sind andere Versorgungsmöglichkeiten gegeben, dann sind die entsprechenden Opportunitätskosten der Kinder niedriger, und das Geburtenniveau ist höher. Im ersten Fall ist der Zusammenhang zwischen der Pro-Kopf-Geburtenzahl (Total Fertility Rate) und dem Pro-Kopf-Einkommen in der Regel gegenläufig, im zweiten Fall kann die Beziehung zwischen den beiden Variablen gleichsinnig sein, und zwar besonders in den ärmsten Entwicklungsländern mit einem ohnehin hohen Fertilitätsniveau. Da das Pro-Kopf-Einkommen neben der Lebenserwartung und der Schulausbildung der Bevölkerung einer der wichtigsten Bestandteile des Entwicklungsstandes

eines Landes ist (gemessen z. B. durch den "Human Development Index" der Vereinten Nationen), ergibt sich auch zwischen der Pro-Kopf-Geburtenzahl und dem Entwicklungsstand ein gegenläufiger Zusammenhang (Abb. 1a).

Die kulturelle Basis unserer Gesellschaft ändert sich nicht sprunghaft. Die hier in Frage stehende kulturelle Basis der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern kann daher als relativ konstant betrachtet werden. Dies rechtfertigt es, in einer mittleren Annahmensetzung von einer konstanten Pro-Kopf-Geburtenzahl auszugehen (Abb. 1b). Alternativ wurde zusätzlich berechnet, welche Konsequenzen sich ergeben, wenn die Pro-Kopf-Geburtenzahl (Total Fertility Rate) vom Berechnungszeitpunkt an (1995) innerhalb von 15 Jahren, also bis 2010, von 1,25 auf 1,5 bzw. alternativ auf 1,6 Lebendgeborene pro Frau steigt. In zusätzlichen Berechnungen wurde geprüft, welche Entwicklung sich ergibt, wenn der Anstieg auf eine Geburtenrate von 1,5 erst in den Jahren 2000, 2010, 2020, 2030, 2040 oder 2050 beginnt. Der Anstieg soll in allen Fällen einen S-förmigen Verlauf haben und jeweils 15 Jahre dauern (Sinus-Funktion).

b) Mortalität

Die Annahmen zur Mortalitätsentwicklung werden in Form der Lebenserwartung formuliert. Über ihren langfristigen Verlauf seit 1880 informiert Abbildung 1c. Die Lebenserwartung der Männer im Zeitpunkt der Geburt stieg von 1880 bis zur Mitte der 90er Jahre unseres Jahrhunderts von rd. 35 auf rd. 75, die der Frauen von rd. 38 auf rd. 79. Bei diesen Zahlen handelt es sich um Querschnittsberechnungen. Führt man Längsschnittberechnungen durch, ist die Lebenserwartung und deren Zunahme höher (Bommsdorf 1993; Dinkel/Höhn/Scholz 1996). Der Verlauf der Kurven in Abbildung 1c läßt eine ungebrochen starke Dynamik der Lebenserwartungszunahme um bis zu 3 Jahre pro Jahrzehnt erkennen, vor allem wegen der Zunahme der ferneren Lebenserwartung der Älteren. Für die Zukunft wird eine weitere, wenn auch abgeschwächte Zunahme in folgender Weise angenommen:

Abb. 1a: Geburtenhäufigkeit und "Index der menschlichen Entwicklung"

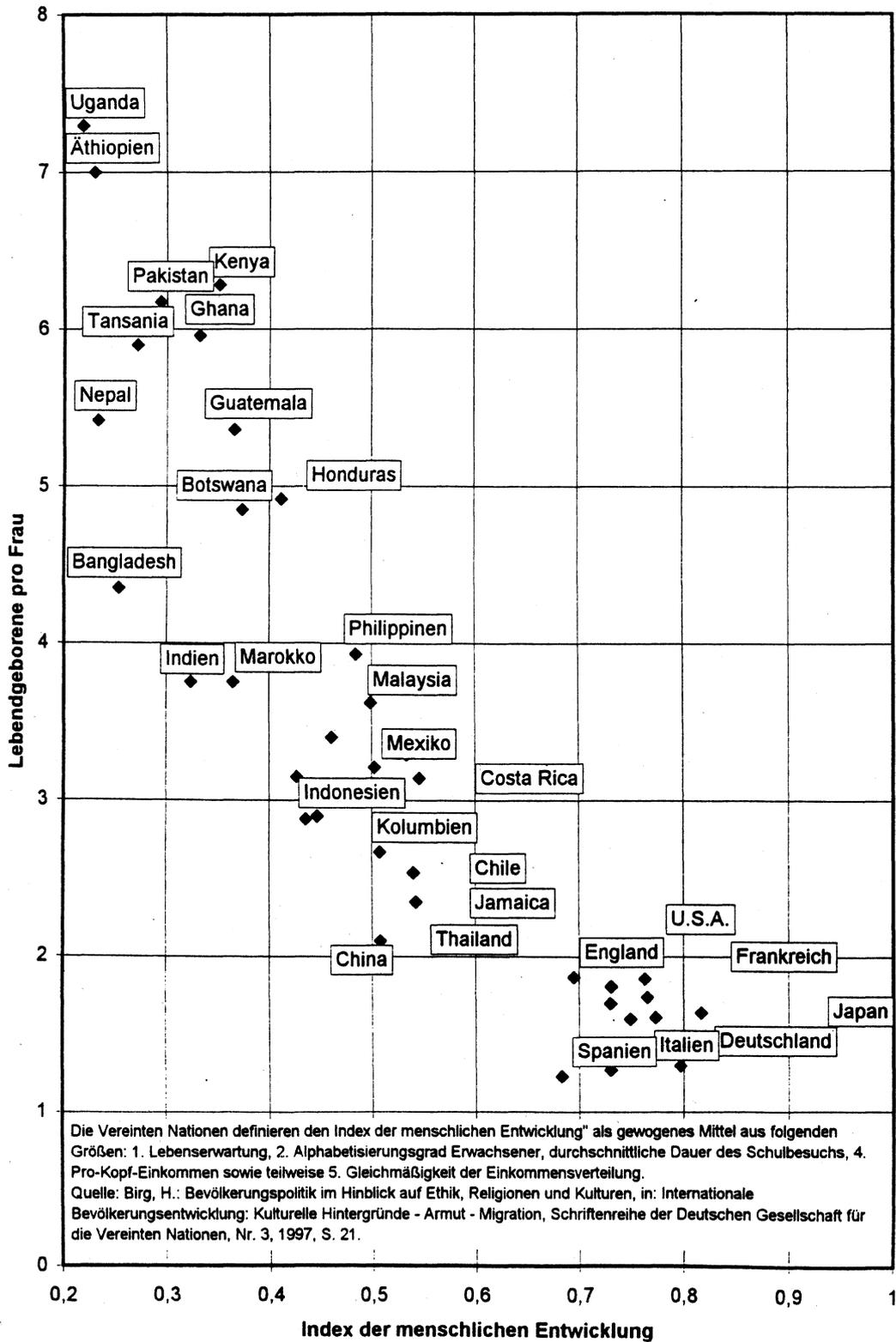


Abb. 1b: Die Entwicklung der zusammengefaßten Geburtenziffer (TFR) in den alten und neuen Bundesländern von 1950 bis 1995 und Annahmen zur weiteren Entwicklung bis zum Jahr 2015

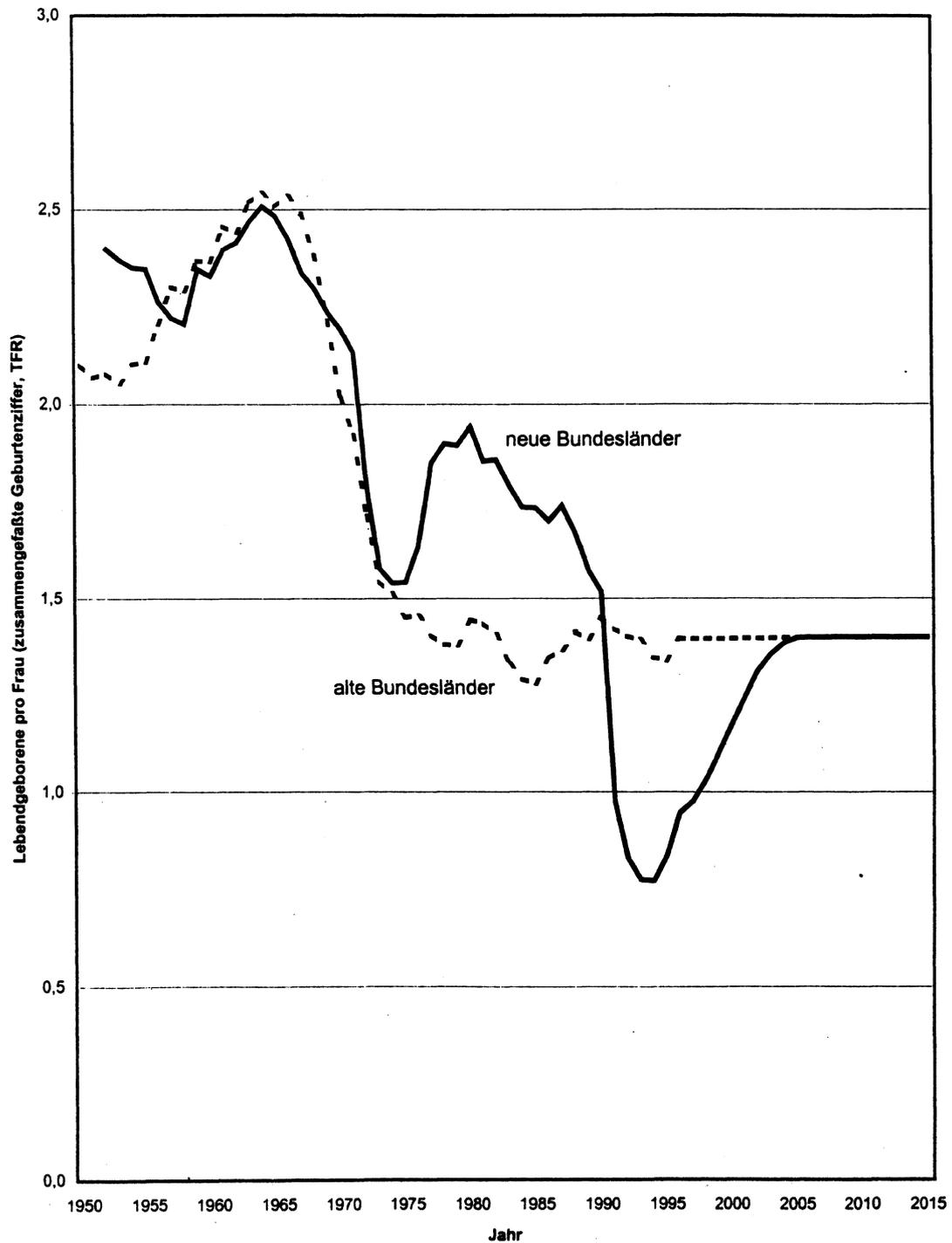
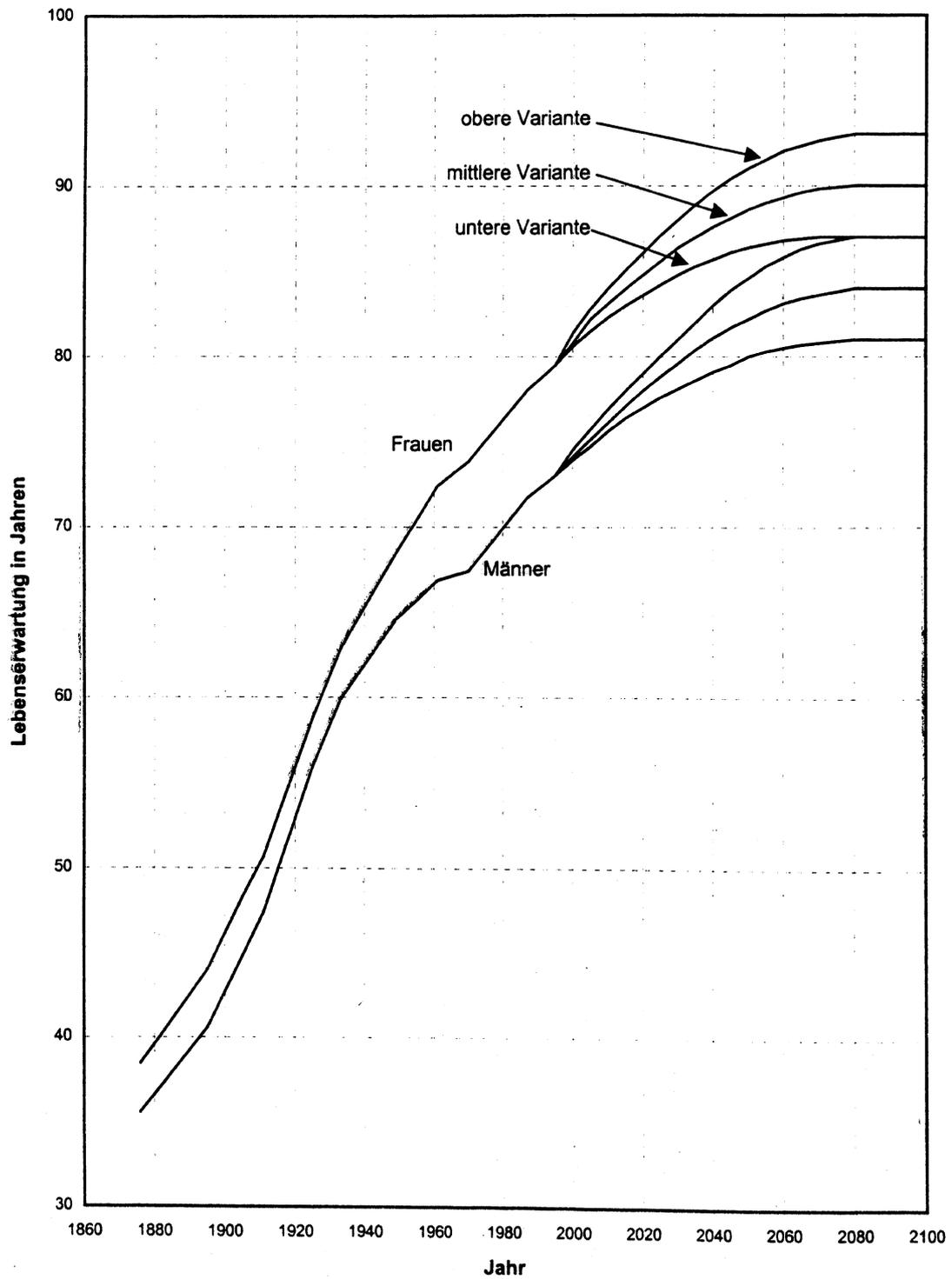


Abb. 1c: Die Entwicklung der Lebenserwartung der Männer und Frauen in Deutschland von 1871/81 bis 1993/95 und Projektionen von 1993/95 bis 2100



Annahmen zur Zunahme der Lebenserwartung bis 2080

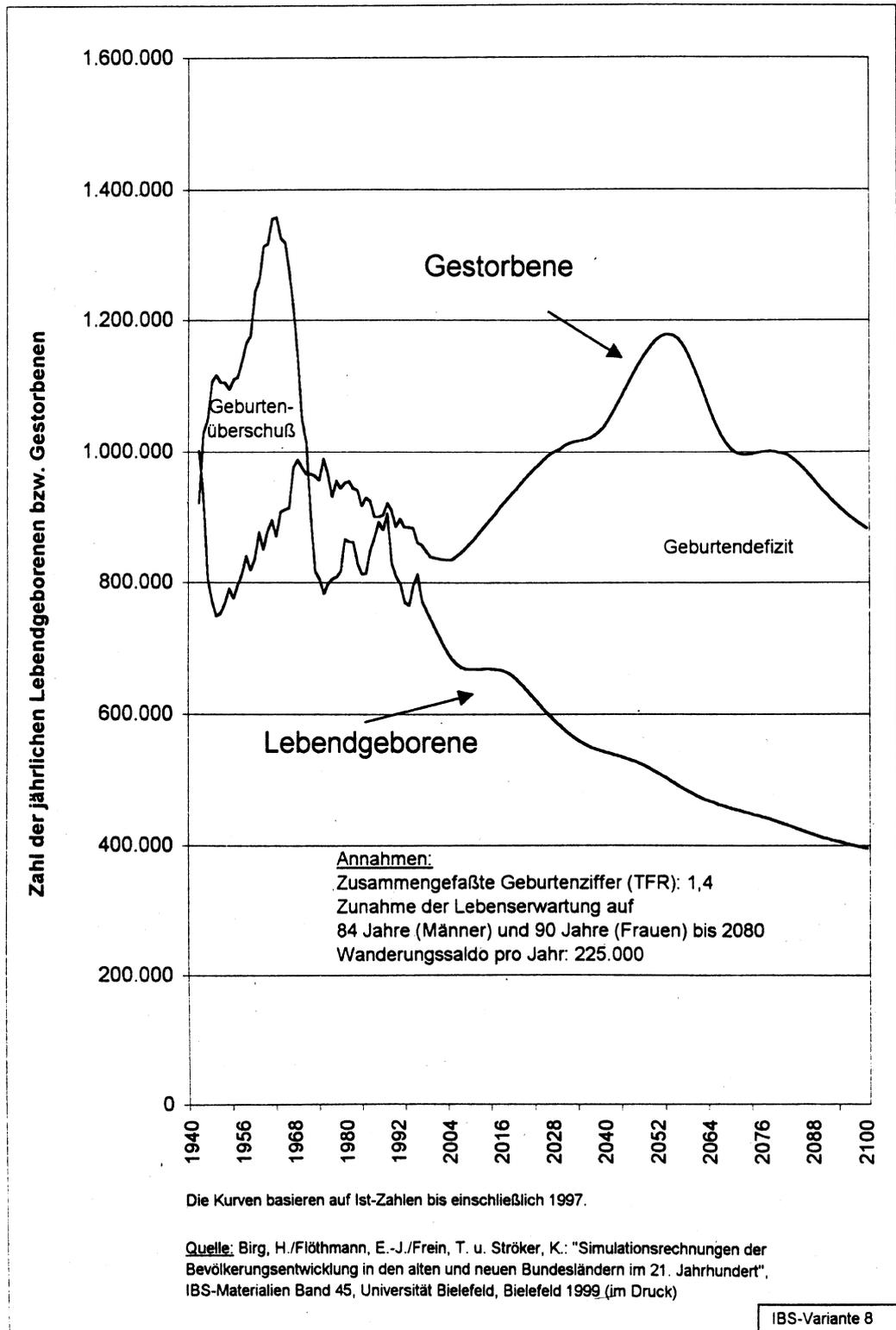
	untere Variante	mittlere Variante	obere Variante
Männer	81	84	87
Frauen	87	90	93

Die Begründung für die Annahmensetzung ist zum einen die Erwartung, daß sich der medizinische Fortschritt fortsetzt und seine Umsetzung im Gesundheitswesen im Zuge des weiter wachsenden Sozialprodukts zu kontinuierlichen Verbesserungen der Gesundheitsversorgung führt. Zum anderen wird angenommen, daß das allgemeine Wissen über die Bedingungen und Risiken von Krankheiten in der Bevölkerung wächst und sich in einem gesundheitsbewußteren Verhalten niederschlägt. Im Hinblick auf diese Voraussetzungen sind die angenommenen Lebenserwartungssteigerungen als moderat zu betrachten, so sehr sie auch von den Berechnungen anderer Autoren nach oben abweichen (Verband Deutscher Rentenversicherungsträger 1998).

c) Wanderungen

Bei den Annahmen zu den Wanderungen wird von stark unterschiedlichen Varianten ausgegangen, wobei die Altersstruktur des Wanderungssaldos als deutlich jünger als bei der Bestandsbevölkerung vorausgesetzt wird. Die mittlere Variante des Wanderungssaldos geht von 225 000 Personen pro Jahr aus. Diese Annahme entspricht dem tatsächlichen langfristigen Trend schon in der Zeit vor dem Zusammenbruch des Ostblocks. Die aktuellen Wanderungssalden nähern sich seit Abklingen der exorbitant hohen Asylbewerber- und Spätaussiedlerzahlen in der ersten Hälfte der 90er Jahre diesem Wert an bzw. unterschreiten ihn zur Zeit. Alternativ dazu werden schematisch gesetzte Annahmen mit einem Wanderungssaldo von 0, 100 000, 200 000 usf. bis 600 000 pro Jahr zugrunde gelegt, und zwar mit dem Ziel, die Auswirkungen der Wanderungen auf die demographische Alterung zu untersuchen. Dabei wird entsprechend der tatsächlichen Entwicklung angenommen, daß die Zugewanderten im Durchschnitt wesentlich jünger sind als die deutsche Bevölkerung. Da die Zahl der Lebendgeborenen und Gestorbenen stark von der nur wenig beeinflussbaren Altersstruktur der Bevölkerung abhängen, ergibt sich als Grundregel für alle Wanderungsvarianten, daß das Geburtendefizit im 21. Jahrhundert dramatisch zunimmt, z. B. auf Werte um über 600 000, selbst wenn der Wanderungssaldo pro Jahr 225 000 beträgt (Abb. 1d).

Abb. 1d: Entwicklung der Geburten und Sterbefälle sowie der Geburtenbilanz in Deutschland von 1949 bis 1997 und Projektionen von 1998 bis 2100



2.2 Ergebnisse

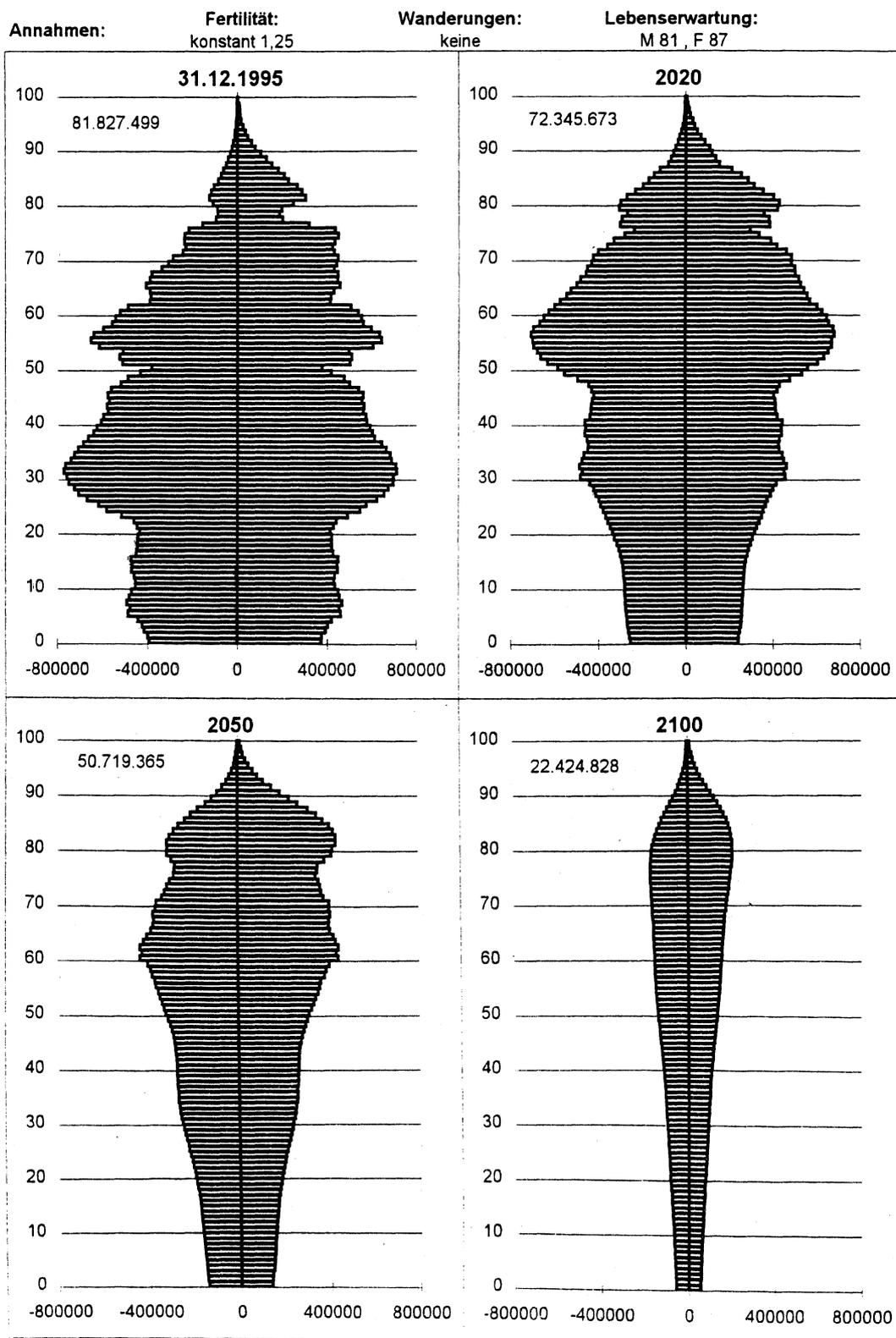
a) Entwicklung mit und ohne Wanderungen

Die Berechnungsvariante A (Tab. 1, Abb. 2) unter der fiktiven, unrealistischen Annahme, daß keine Wanderungen stattfinden, soll zeigen, wie wichtig die Wanderungen für die demographische Entwicklung in Deutschland sind: Die Bevölkerungszahl würde ohne Wanderungen bei konstanter Geburtenzahl pro Frau von 1995 bis 2050 von 81,8 Mio. auf 50,7 Mio. und bis 2100 auf 22,4 Mio. abnehmen. Diese Aussage ist als eine "Wenn-Dann-Aussage über die Zukunft" zu verstehen, nicht als eine "Prognose".

Tab. 1: Bevölkerungsprojektionen für Deutschland im 21. Jahrhundert mit und ohne Wanderungen

Annahmen	Variante A	Variante B
Fertilität	konstant 1,25	steigt von 1995 bis 2010 auf 1,6
Wanderungssaldo	keine	225 000 pro Jahr
Lebenserwartung	M 81, F 87	M 81, F 87
- in 1 000		
1995	81 827	81 827
2000	80 895	81 950
2005	79 311	81 974
2010	77 297	81 965
2015	74 977	81 767
2020	72 346	81 252
2025	69 325	80 342
2030	65 966	79 157
2035	62 406	77 897
2040	58 681	76 570
2045	54 769	75 060
2050	50 719	73 342
2055	46 733	71 606
2060	43 079	70 146
2065	39 861	69 093
2070	36 926	68 290
2075	34 103	67 547
2080	31 395	66 841
2085	28 857	66 168
2090	26 532	65 502
2095	24 410	64 796
2100	22 425	64 003

Abb. 2: Altersaufbau der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland, 1995, 2020, 2050 und 2100 ohne Berücksichtigung von Wanderungen



Die Berechnungsvariante B (Tab. 1, Abb. 3) geht von einem Anstieg der Pro-Kopf-Geburtenzahl von 1995 bis 2010 von 1,25 auf 1,60 Lebendgeborenen pro Frau aus, ferner wird ein mittlerer Wanderungssaldo von 225 000 pro Jahr zugrunde gelegt. Der Sinn dieser Berechnung ist, zu zeigen, daß sich selbst bei dem hier angenommenen, nicht ohne weiteres voraussetzbaren Anstieg der Fertilität auf 1,6 Lebendgeborene pro Frau und bei beträchtlichen Einwanderungsüberschüssen eine Bevölkerungsschrumpfung ergibt, und zwar von 1995 bis 2050 von 81,8 Mio. auf 73,3 Mio. und bis 2100 auf 64,0 Mio.

Für die 16 Bundesländer liegen weitere je 48 Berechnungsvarianten mit und ohne Wanderungen vor, von denen hier aus Platzgründen nur die Variante ohne Wanderungen wiedergegeben werden soll (Abb. 4 und 5) (Birg/Filip/Flöthmann/Frein 1997). Für die Länder ergibt sich in der Summe eine Bevölkerungsschrumpfung, die den Berechnungsergebnissen für das Bundesgebiet insgesamt entspricht. Die Ergebnisse auf Landesebene sind vergleichbar mit den schon dargestellten auf Bundesebene, auch wenn die Annahmen für die Berechnungen auf Bundesebene und auf Landesebene nicht ganz übereinstimmen. Die Summe der Berechnungen für die 16 Länder ergibt eine Schrumpfung von 1991 bis 2050 von 80,3 Mio. auf 49,9 Mio. und bis 2100 auf 24,3 Mio.

Die Schrumpfung ist in den neuen Bundesländern stärker als in den alten, obwohl eine Angleichung des Geburtenniveaus angenommen wurde. In Berlin z.B. würde die Bevölkerung ohne Wanderungen bis 2100 besonders stark abnehmen (80%), in den neuen Ländern ist die Schrumpfung ähnlich intensiv wie in Berlin:

Berlin	80%
Brandenburg	77%
Mecklenburg-Vorpommern	73%
Sachsen	77%
Sachsen-Anhalt	75%
Thüringen	76%

Abb. 3: Altersaufbau der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland 1995, 2020, 2050 und 2100 mit Berücksichtigung von Wanderungen

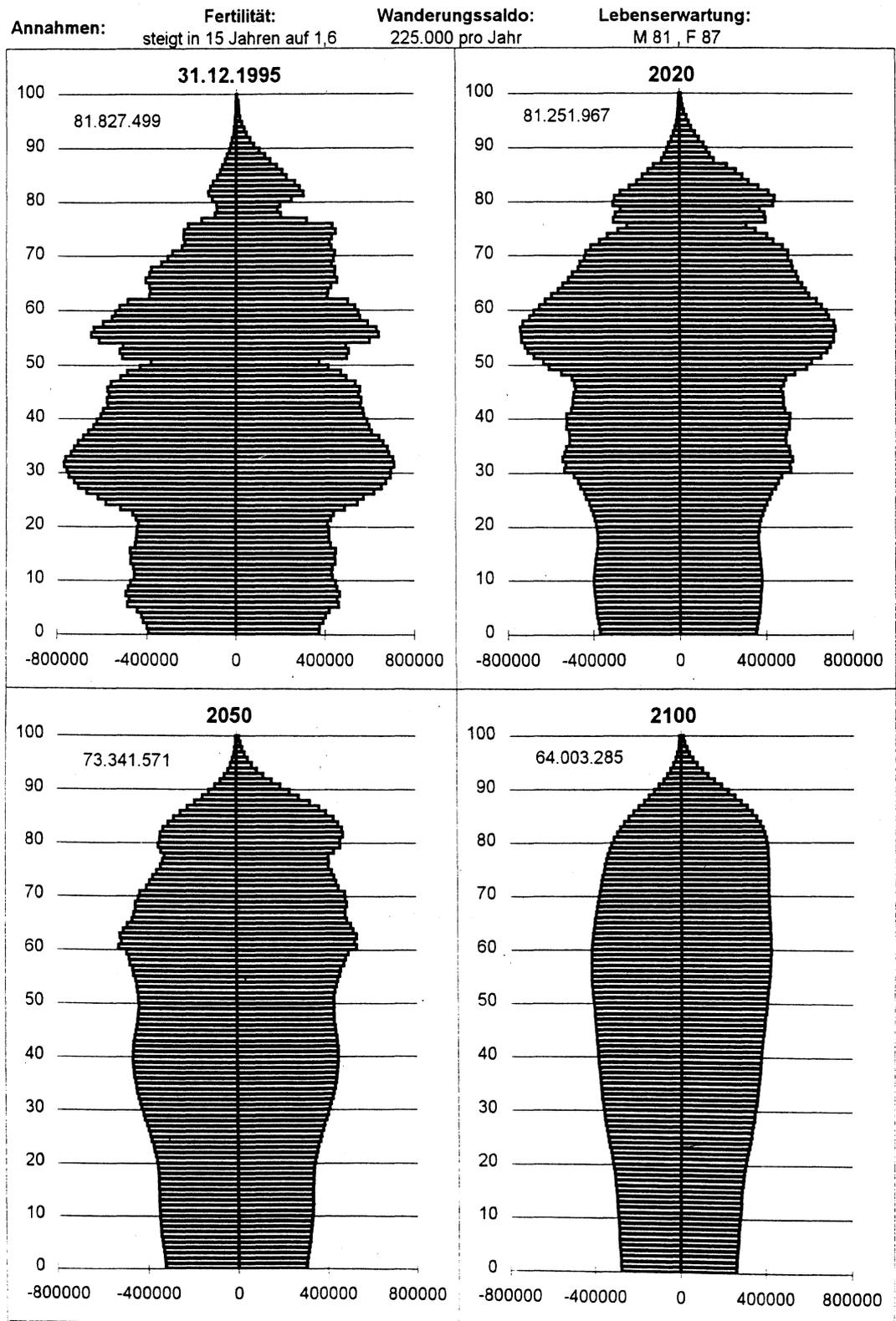


Abb. 4: Bevölkerungssimulationsrechnungen für die Bundesländer von 1991 bis 2100 ohne Wanderungen mit länderspezifischen Geburtenzahlen pro Frau (Bundesdurchschnitt: 1,4)

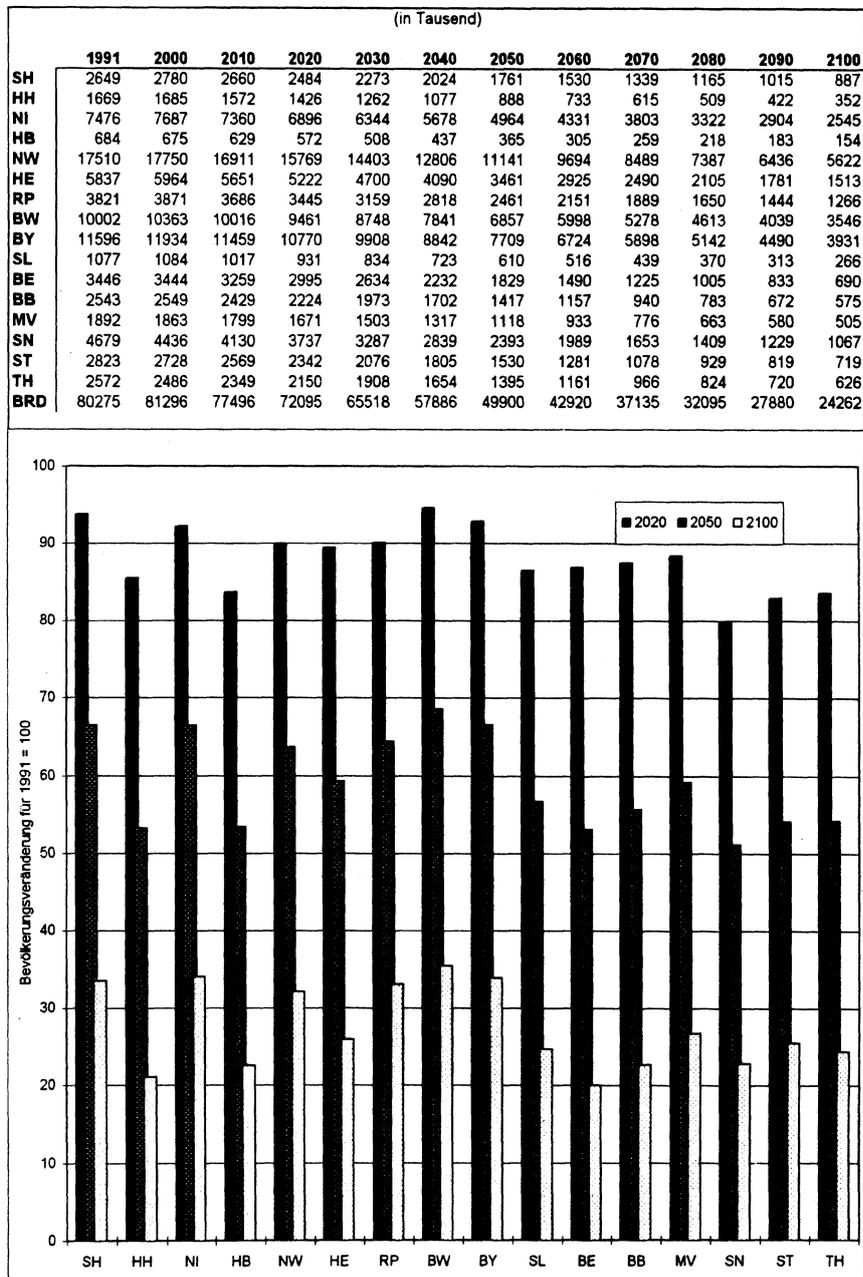
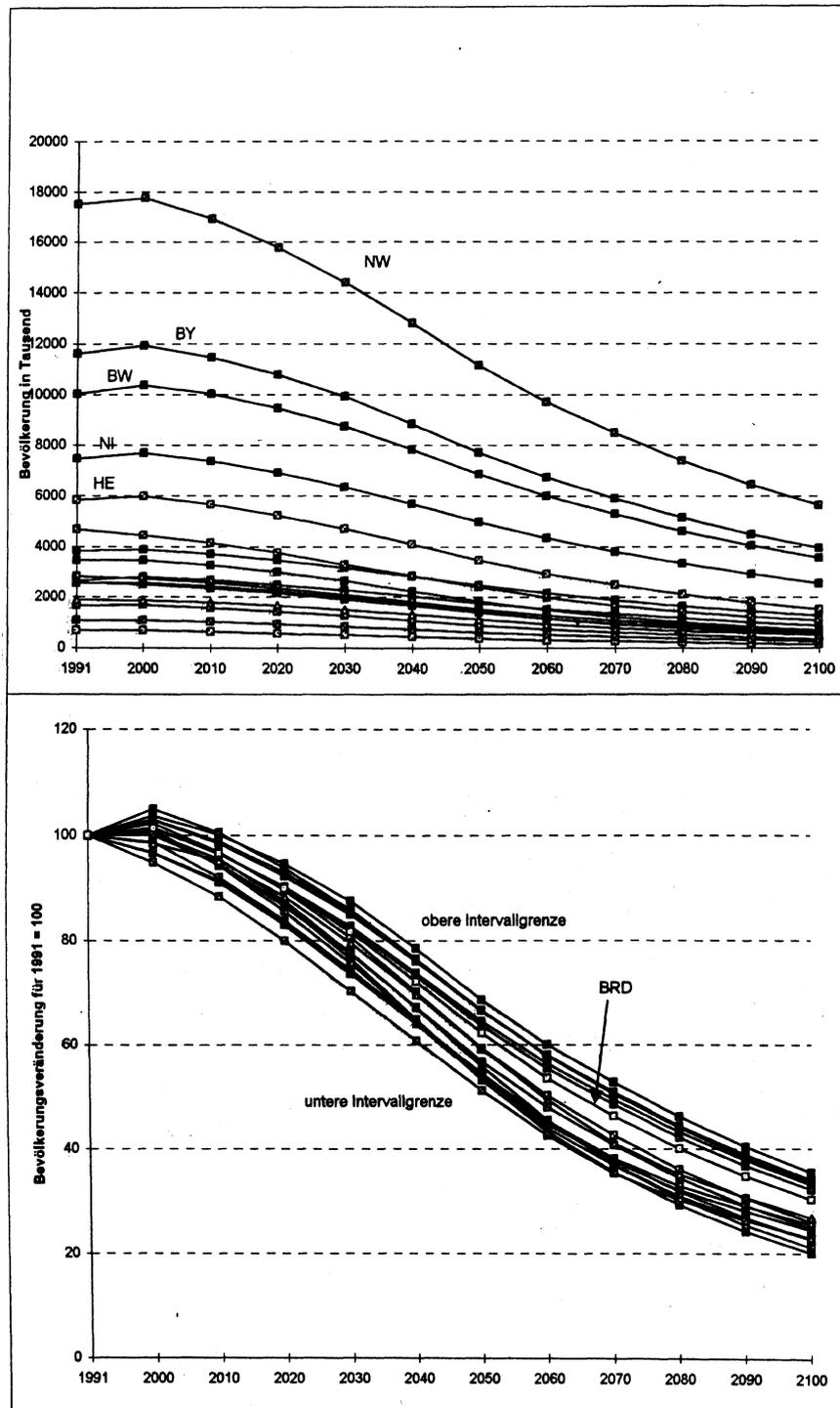


Abb. 5: Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern von 1991 bis 2100 ohne Wanderungen mit länderspezifischen Geburtenzahlen pro Frau (Bundesdurchschnitt: 1,4)



b) Ergebnisse von Simulationsrechnungen mit und ohne Wanderungen für alternative Zeitpunkte eines Fertilitätsanstiegs auf 1,5 Lebendgeborene pro Frau

Der Sinn dieser Berechnungen ist es, zu zeigen, daß der Zeitpunkt des Beginns eines angenommenen Fertilitätsanstiegs auf immerhin 1,5 Lebendgeborene pro Frau für die Bevölkerungsentwicklung keinen so entscheidenden Einfluß hat, wie man vermuten könnte. Verschiebt man den Beginn des Fertilitätsanstiegs in 10-Jahres-Schritten von 2010 bis 2050, so liegt die Bevölkerungszahl am Ende des 21. Jahrhunderts im Falle der Berechnungen ohne Wanderungen im Intervall zwischen 24,3 Mio. und 32,2 Mio. Bei der Variante mit einem Wanderungssaldo von 250 000 pro Jahr liegen die Ergebnisse im Intervall zwischen 50,0 Mio. und 59,7 Mio.

Als Fazit ergibt sich, daß der Zeitpunkt eines frühen (2000) bzw. späten (2050) Anstiegs der Fertilität zu einem Unterschied von rd. 5 Mio. Einwohnern im Jahr 2050 bzw. von weniger als 10 Mio. Einwohnern im Jahr 2100 führt, und zwar in beiden Varianten mit und ohne Wanderungen (Tab. 2, 3 und Abb. 6 u. 7).

c) Hypothetischer Wanderungssaldo, der für eine konstante Bevölkerung erforderlich wäre

Der hypothetische, für eine konstante Bevölkerung erforderliche Wanderungssaldo in einem bestimmten Jahr (nicht der von mir oder von der Politik für erforderlich gehaltene Wanderungssaldo) hängt vom Geburtendefizit des betreffenden Jahres ab. Dieses wiederum ist eine Funktion der Wanderungssalden und deren Alters- und Geschlechtsstruktur in den vorangegangenen Jahren. Ein im Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Universität Bielefeld (IBS) entwickeltes Computer-Programm, das diese intertemporalen Effekte berechnet, ermöglicht eine präzise Ermittlung des für eine konstante Bevölkerungszahl erforderlichen Wanderungssaldos.

Die Ergebnisse hängen naturgemäß von den Annahmen zur Geburtenzahl pro Frau ab; sie sind in Abbildung 8 dargestellt. Blicke die Geburtenzahl pro Frau auf dem Niveau von 1,4 konstant, wäre für die Konstanz der Bevölkerung ab 2035-40 ein jährlicher Wanderungssaldo von 600 000 bis 700 000 erforderlich. Das ist mehr als in den historischen Ausnahmejahren nach dem Zusammenbruch des Ostblocks. Wäre das Geburtenniveau niedriger, betrüge es z.B. 1,2 Geburten pro Frau, wäre sogar ein Wanderungssaldo von rd. 800 000 erforderlich. Selbst wenn das Geburtenniveau auf 1,6 stiege, läge der erforderliche Wanderungssaldo zwischen 400 000 und 500 000. Solche exorbitant hohen Einwanderungsüberschüsse würden die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft auf die Dauer wahrscheinlich weit überfordern. Deshalb ist eine Bevölkerungsschrumpfung bei gleichzeitigen, niedrigeren Einwanderungsüberschüssen die vernünftige Alternative.

Abb. 6: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert ohne Wanderungen bei einem Anstieg der Geburtenzahl pro Frau von 1,25 auf 1,50 innerhalb von 15 Jahren ab alternativen Zeitpunkten

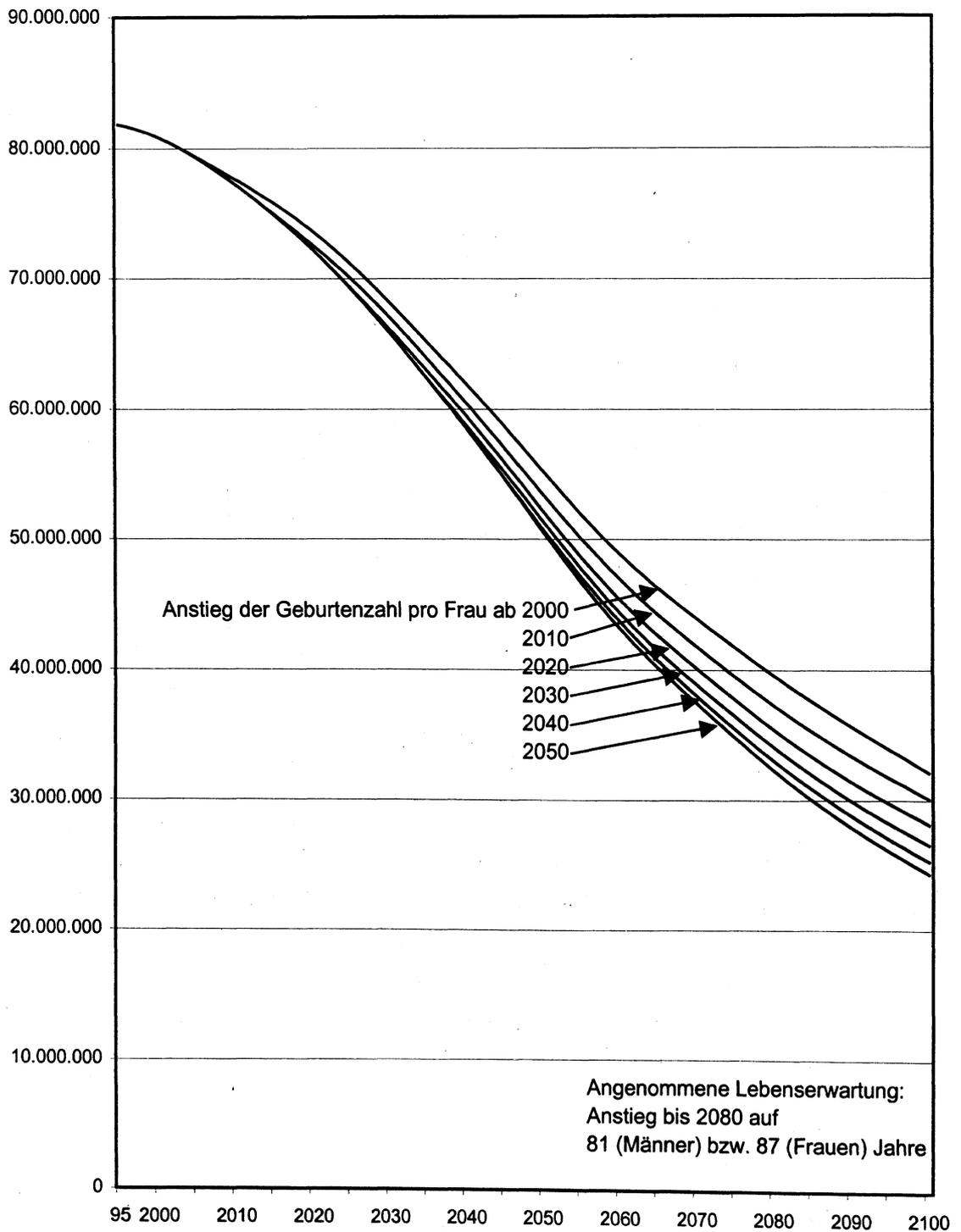
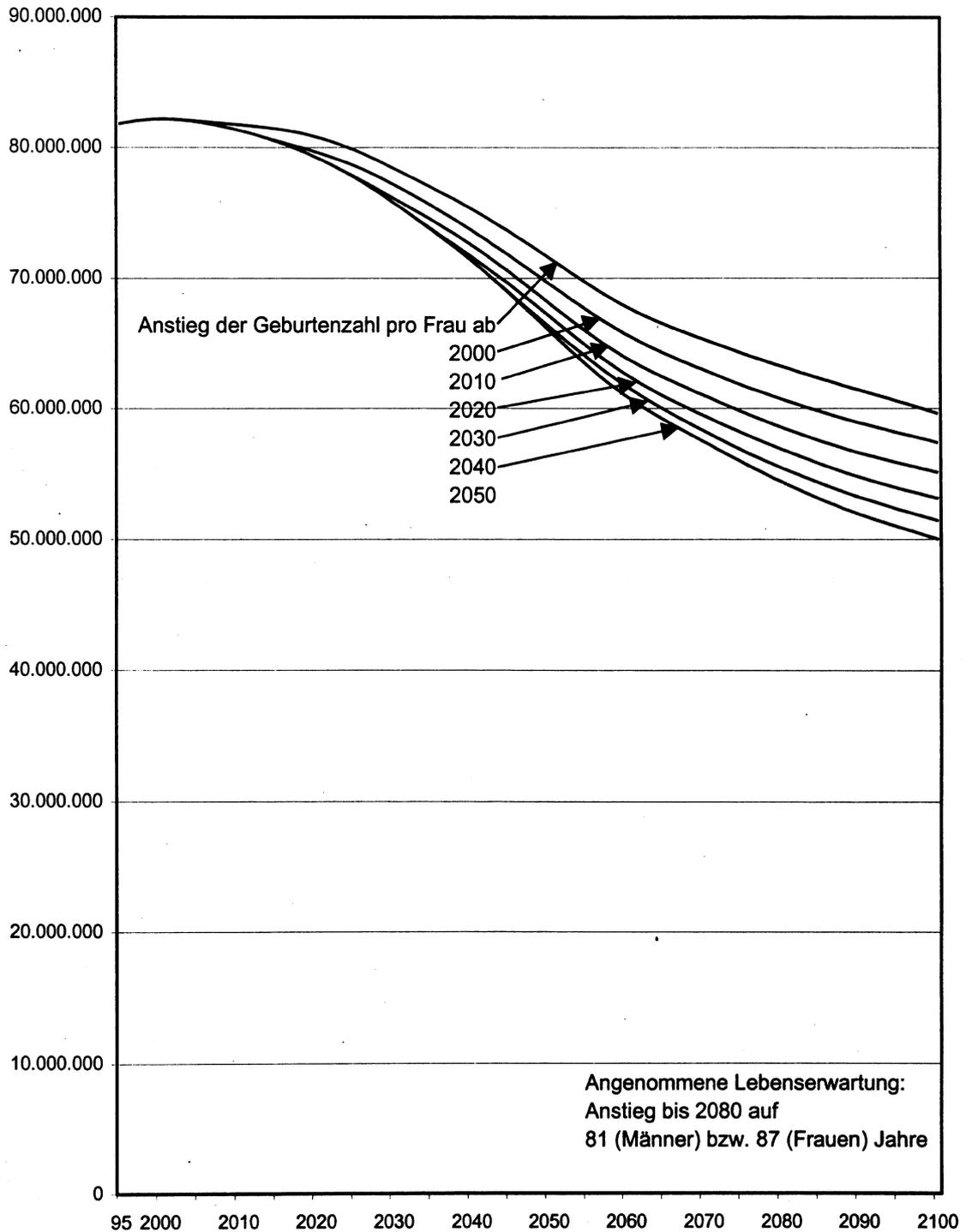


Abb. 7: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert mit Wanderungen bei einem jährlichen Wanderungssaldo von 250 000 und einem Anstieg der Geburtenzahl pro Frau von 1,25 auf 1,50 innerhalb von 15 Jahren ab alternativen Zeitpunkten



Tab. 2: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert ohne Wanderungen bei einem Anstieg der Geburtenzahl pro Frau von 1,25 auf 1,50 innerhalb von 15 Jahren ab alternativen Zeitpunkten

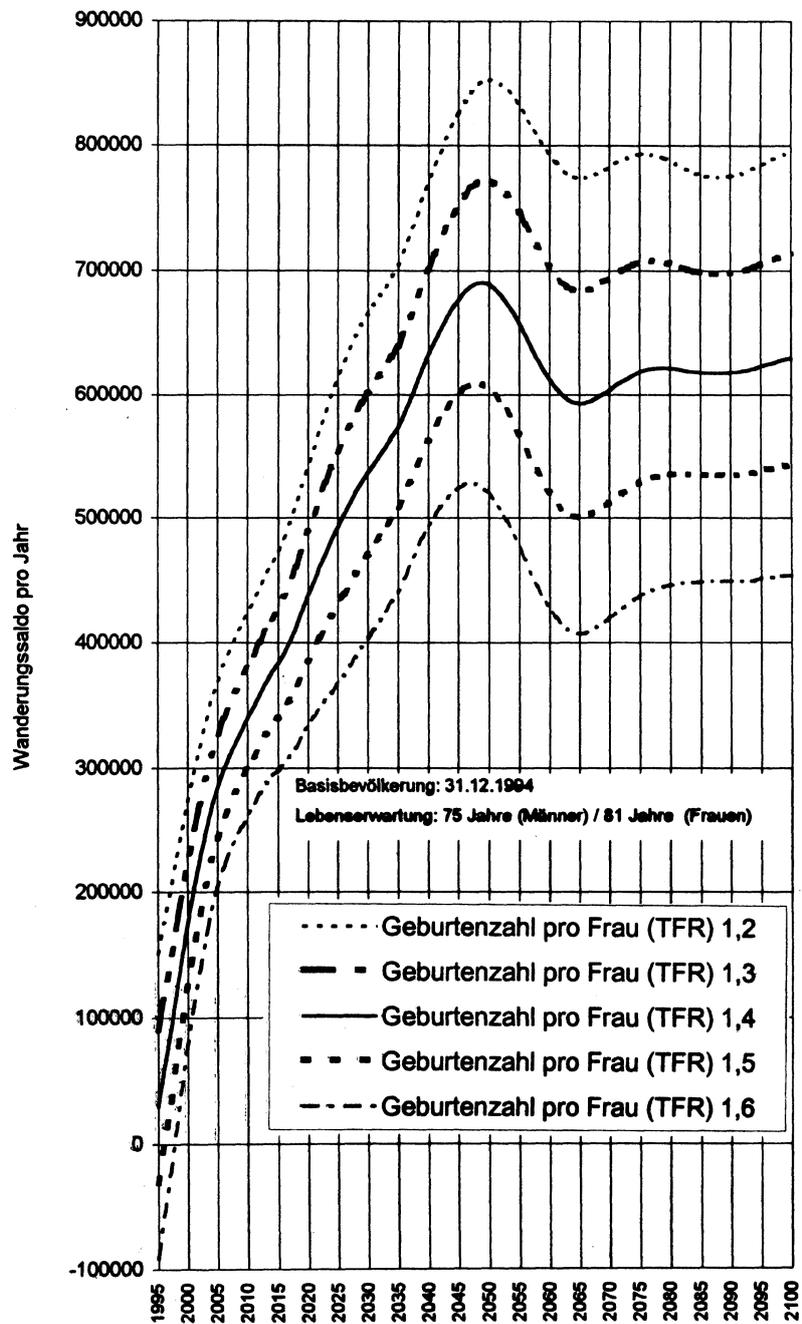
Jahr	Anstieg des Geburtenniveaus ab ...					
	2000	2010	2020	2030	2040	2050
	- in 1 000 -					
1995	81 828	81 828	81 828	81 828	81 828	81 828
2000	80 895	80 895	80 895	80 895	80 895	80 895
2005	79 378	79 312	79 312	79 312	79 312	79 312
2010	77 670	77 298	77 298	77 298	77 298	77 298
2015	75 858	75 040	74 979	74 979	74 979	74 979
2020	73 742	72 691	72 348	72 348	72 348	72 348
2025	71 192	70 104	69 378	69 327	69 327	69 327
2030	68 286	67 153	66 242	65 969	65 969	65 969
2035	65 223	63 961	63 021	62 450	62 410	62 410
2040	62 082	60 614	59 632	58 909	58 685	58 685
2045	58 811	57 141	56 043	55 294	54 809	54 774
2050	55 398	53 601	52 321	51 539	50 921	50 725
2055	52 014	50 150	48 698	47 823	47 184	46 768
2060	48 940	47 011	45 453	44 435	43 768	43 244
2065	46 309	44 285	42 670	41 515	40 770	40 229
2070	43 976	41 840	40 167	38 926	38 059	37 493
2075	41 754	39 526	37 766	36 478	35 492	34 859
2080	39 615	37 334	35 475	34 140	33 078	32 341
2085	37 594	35 299	33 359	31 954	30 853	30 015
2090	35 711	33 442	31 458	29 974	28 832	27 932
2095	33 928	31 745	29 751	28 202	27 001	26 068
2100	32 157	30 127	28 159	26 575	25 306	24 337

Angenommene Lebenserwartung: Anstieg bis 2080 auf 81 (Männer) bzw. 87 (Frauen) Jahre

2.3 Auswirkungen

Von den vielfältigen quantitativ berechenbaren oder nur qualitativ einschätzbaren Auswirkungen der demographischen Entwicklung sollen hier aus Platzgründen nur zwei besonders wichtige und politisch relevante herausgegriffen werden: die demographische Alterung der Gesellschaft einerseits und die Zunahme des Anteils der zugewanderten Bevölkerung und ihrer Nachkommen an der Gesamtbevölkerung andererseits. Der Anteil der Zugewanderten ist von Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts und von der Zahl der Einbürgerungen unabhängig, er wird deshalb hier anstelle des "Ausländeranteils" verwendet, der von diesen Einflußfaktoren abhängt.

Abb. 8: Hypothetischer Wanderungssaldo Deutschlands, der für eine konstante Bevölkerungszahl erforderlich wäre, bei alternativer Geburtenzahl pro Frau



Die demographische Alterung wird mit dem Altenquotienten, mit dem Medianalter oder mit ähnlichen Kennziffern gemessen. Alle weisen sie in die gleiche Richtung. Das Medianalter beträgt heute 39 Jahre, d.h. jeder zweite Einwohner ist älter als 39 Jahre. Das Medianalter wird sich auf rd. 50 Jahre erhöhen¹. Der Altenquotient ist als die Zahl der über 60jährigen Menschen auf 100 Menschen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren definiert. Der Altenquotient beträgt heute rd. 37, d.h. auf 100 Menschen im Alter 20 bis 60 entfallen 37 Menschen im Alter über 60.

Tab. 3: Bevölkerungsentwicklung Deutschlands im 21. Jahrhundert mit Wanderungen bei einem jährlichen Wanderungssaldo von 250 000 und einem Anstieg der Geburtenzahl pro Frau von 1,25 auf 1,50 innerhalb von 15 Jahren ab alternativen Zeitpunkten

Jahr	Anstieg des Geburtenniveaus ab ...					
	2000	2010	2020	2030	2040	2050
	- in 1 000 -					
1995	81 828	81 828	81 828	81 828	81 828	81 828
2000	82 180	82 180	82 180	82 180	82 180	82 180
2005	82 029	81 958	81 958	81 958	81 958	81 958
2010	81 762	81 362	81 362	81 362	81 362	81 362
2015	81 448	80 555	80 487	80 487	80 487	80 487
2020	80 853	79 698	79 312	79 312	79 312	79 312
2025	79 839	78 642	77 811	77 751	77 751	77 751
2030	78 478	77 232	76 179	75 849	75 849	75 849
2035	76 966	75 580	74 490	73 784	73 733	73 733
2040	75 364	73 752	72 615	71 710	71 418	71 418
2045	73 597	71 762	70 492	69 554	68 909	68 861
2050	71 630	69 654	68 175	67 197	66 366	66 092
2055	69 625	67 575	65 895	64 803	63 942	63 346
2060	67 859	65 737	63 932	62 662	61 764	61 003
2065	66 471	64 245	62 373	60 929	59 929	59 140
2070	65 330	62 982	61 042	59 489	58 324	57 502
2075	64 266	61 815	59 777	58 164	56 838	55 920
2080	63 259	60 750	58 596	56 924	55 495	54 426
2085	62 315	59 789	57 541	55 783	54 299	53 083
2090	61 432	58 934	56 633	54 776	53 238	51 928
2095	60 573	58 168	55 855	53 916	52 299	50 939
2100	59 657	57 420	55 136	53 151	51 443	50 032

Angenommene Lebenserwartung: Anstieg bis 2080 auf 81 (Männer) bzw. 87 (Frauen) Jahre

Selbst wenn sich die heutige Lebenserwartung der Männer nicht weiter erhöhen würde, müßte der Altenquotient - je nach Höhe des angenommenen Wanderungssaldos - von 37 auf 70 bis über 90 zunehmen, d.h. er würde sich mindestens verdoppeln (Abb. 9). Wenn die Lebenserwartung dagegen

ähnlich wie bisher stetig wächst, wenn man also für die Zukunft von einem Anstieg bei den Männern z.B. auf 84 und bei den Frauen auf 90 Jahre ausgeht, dann verdoppelt sich der Altenquotient nicht nur, sondern er steigt um das Dreifache, nämlich auf Werte von - je nach der Höhe des angenommenen Wanderungssaldos - zwischen 95 bis 135. Auf jeden Menschen im Alter zwischen 20 und 60 würde dann mehr als ein Mensch im Alter über 60 entfallen. Man kann sagen, daß sich der Altenquotient im allergünstigsten Fall "nur" verdoppelt.

Was bedeutet das praktisch? Alle vier Sparten des Systems der sozialen Sicherung sind von der demographischen Alterung betroffen:

1. Wir befinden uns heute in einer demographischen Schönwetterperiode, weil der Altenquotient auf einem historisch einmalig niedrigen Niveau ist. Die gegenwärtigen Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung beruhen vor allem auf der hohen Arbeitslosigkeit. Aber das wird sich ändern. Selbst wenn es einmal gelingen sollte, die Arbeitslosigkeit auf Null zu drücken, sind die alterungsbedingten Probleme der Rentenversicherung nicht abwendbar. Der Beitragssatz zur Rentenversicherung beträgt z.Zt. rd. 20%. Er müßte - je nach der Art der nächsten Rentenreform bzw. je nach Absenkung des Rentenniveaus und dem Ersatz durch Eigenvorsorge - auf 26 bis über 30% erhöht werden. Bei einem Anstieg auf "nur" 26% sind bereits gravierende Reformen der Rentenversicherung vorausgesetzt, z.B. eine Erhöhung des Ruhestandsalters.
2. Auch die Ausgaben für die Gesundheit sind um so höher, je älter eine Bevölkerung ist. Das liegt vor allem daran, daß sich das Medianalter in Richtung auf das häufigste Sterbealter verschiebt. Im Sterbealter sind die Pro-Kopf-Ausgaben für die medizinische Versorgung am höchsten. Der Beitragssatz zur Krankenversicherung beträgt z.Zt. rd. 13%. Er müßte - altersbedingt - langfristig stark erhöht werden, oder es müßte alternativ die Eigenbeteiligung an den Kosten angehoben bzw. das Versorgungsniveau gesenkt werden.
3. Der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung beträgt 6,5%. Da die meisten Arbeitslosen zu den Älteren gehören, müßte auch dieser Satz erhöht werden, es sei denn, daß es gelingt, die Arbeitslosigkeit abzubauen.
4. Der Beitragssatz der Pflegeversicherung beträgt z.Zt. rd. 1,7%. Auch dieser Satz müßte erhöht werden, denn die Steigerung der ferneren Lebenserwartung verlagert sich immer mehr auf die höheren Lebensalter. Als Konsequenz davon wird die Zahl der Betagten und Hochbetagten besonders stark zunehmen. Die Zahl der über 80jährigen wird sich z.B. bis 2030 von rd. 3 Mio. auf mindestens 5 Mio. und bis 2050 auf 10 bis 11 Mio. erhöhen.

Abb. 9: Entwicklung des Altenquotienten in Deutschland bei verschiedenen jährlichen Wanderungssalden (Annahmen: TFR=1,6, Lebenserwartung (e_0): Männer 75 Jahre, Frauen 81 Jahre)

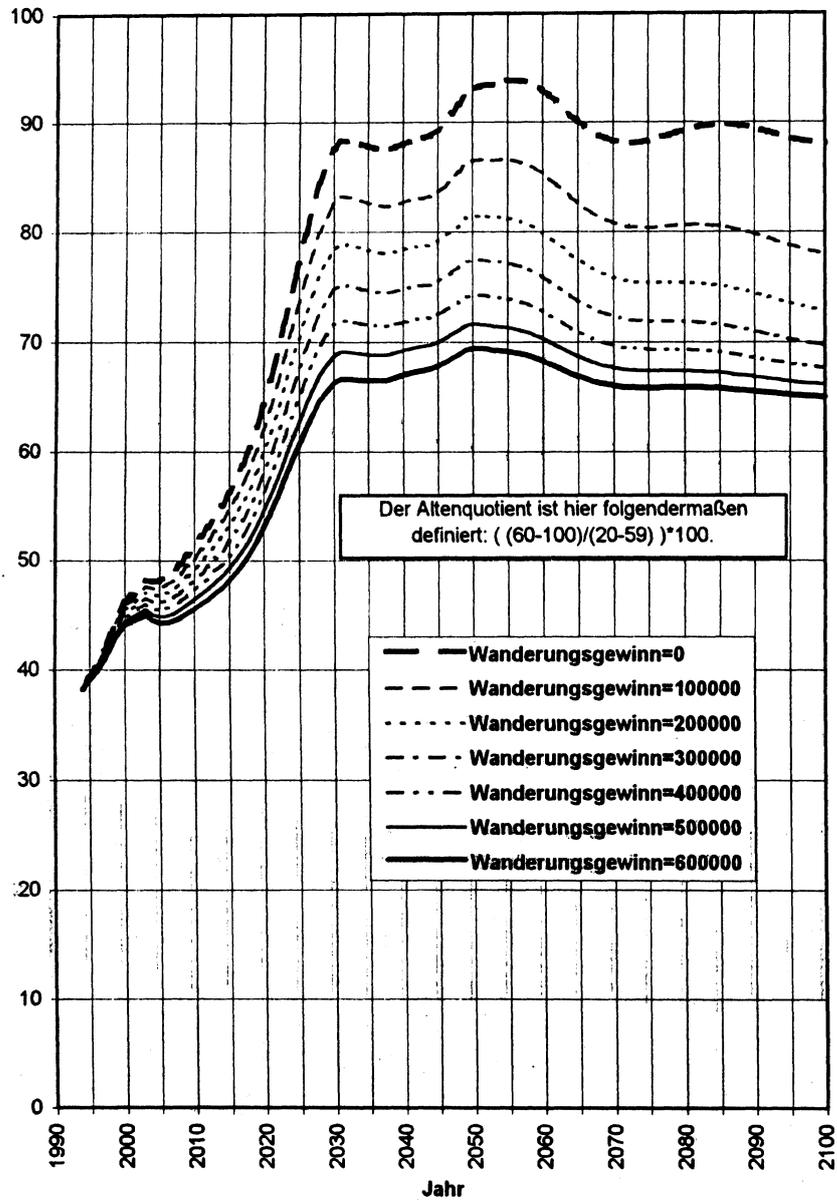
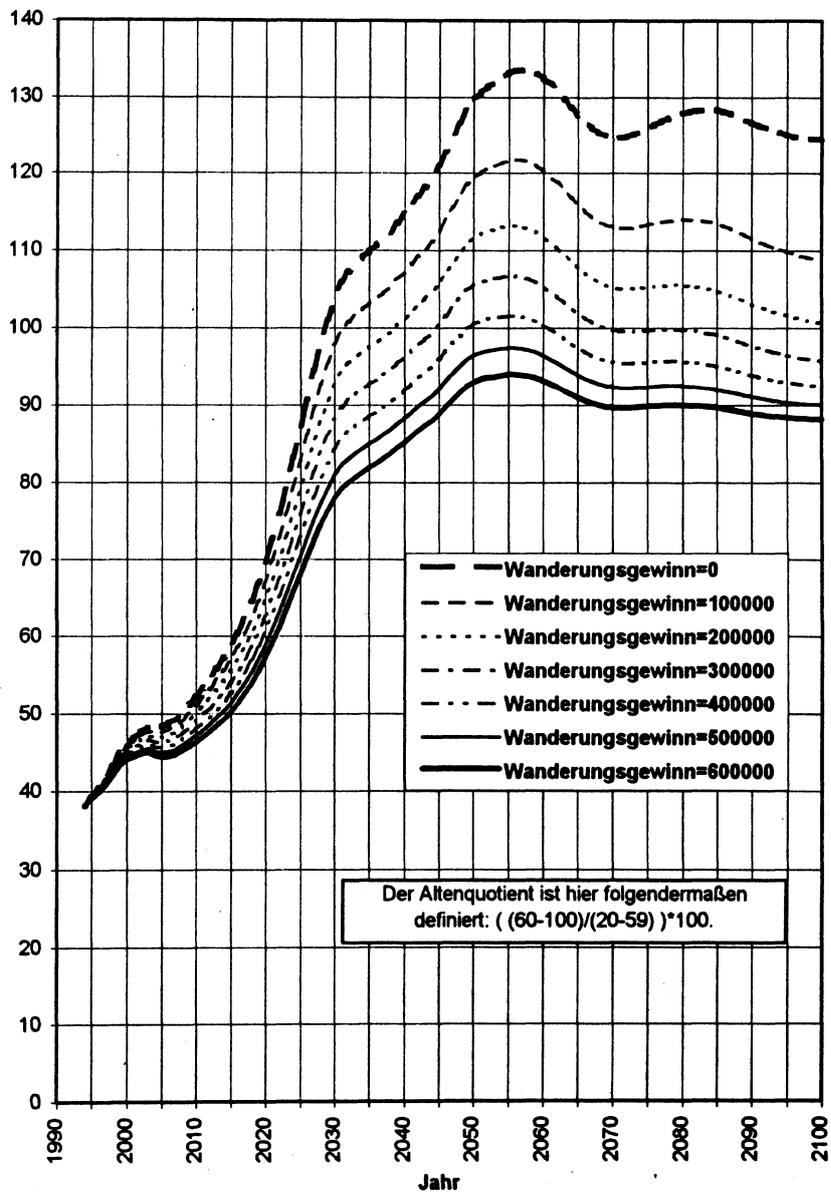


Abb. 10: Entwicklung des Altenquotienten in Deutschland bei verschiedenen jährlichen Wanderungssalden (Annahmen: TFR=1,6, Lebenserwartung (e_0): Männer 84 Jahre, Frauen 90 Jahre)



Man kann dies so zusammenfassen: Wenn die Lebenserwartung so weiter wächst wie bisher - wofür alles spricht - und die Geburtenhäufigkeit nicht dramatisch auf 2 Kinder pro Frau zunimmt - wofür nichts spricht -, wird das System der sozialen Sicherung zusammenbrechen, es ist dann nicht mehr reformierbar.

Der zweite, hier beispielhaft ausgewählte Aspekt des Themas "Auswirkungen" - die Wanderungsproblematik - wird die Geschichte Deutschlands und Europas im 21. Jahrhundert besonders nachhaltig prägen. Wie die referierten Berechnungen zeigen, ist Deutschland langfristig (!) - also nicht etwa schon heute - auf Einwanderungen angewiesen, es kann allerdings wegen der bereits im Gange befindlichen Eigendynamik der Bevölkerungsschrumpfung bereits heute nicht mehr wählen, ob es ein Einwanderungsland sein bzw. bleiben will, und deshalb ist der Streit um das Wort "Einwanderungsland" schädlich, er lenkt nur von den Tatsachen ab.

Heute - und auch noch am Anfang des nächsten Jahrhunderts - braucht Deutschland schon wegen der hohen Arbeitslosenzahlen keine Einwanderungen. Außerdem ist das Geburtendefizit gerade heute wegen der zahlenmäßig starken Elternjahrgänge, die im sogenannten Baby-Boom der 60er Jahre geboren wurden, jetzt noch vergleichsweise niedrig. Aber das ändert sich rasch. Deutschland muß sich dann entscheiden, ob es eine dramatische Bevölkerungsschrumpfung oder dramatisch zunehmende Einwanderungen will. Das Weitermachen wie bisher bedeutet automatisch eine Entscheidung für Einwanderungen. Allerdings ist die (in Abb. 1c dargestellte) Zunahme des Geburtendefizits so groß, daß es unvorstellbare Konsequenzen hätte, wenn das gesamte Geburtendefizit durch Wanderungsüberschüsse ausgeglichen würde.

Deutschland wurde wider Willen zum wichtigsten Einwanderungsland der Welt, es hat bezogen auf seine Bevölkerungszahl ein Vielfaches an Zuwanderungen wie die klassischen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien. Aber es hat im Unterschied zu diesen Einwanderungsländern keine Einwanderungspolitik, und es kann paradoxerweise auch keine Einwanderungspolitik betreiben, weil der gesamte Problemkomplex bereits durch ein dichtes Gestrüpp von gesetzlichen Bestimmungen geregelt ist, vor allem auch durch Regelungen auf der Ebene des Grundgesetzes. Unser Land müßte sich erst von diesen selbstgestrickten juristischen Fesseln wie ein Entfesselungskünstler befreien, um Einwanderungspolitik betreiben zu können, aber diese Befreiung ist nicht möglich, weil der Entfesselungskünstler den Trick vergessen zu haben scheint, wie man wieder frei wird.

Das Hauptkennzeichen der klassischen Einwanderungspolitik besteht ja darin, daß das aufnehmende Land seine Einwanderer nicht nur der Zahl nach kontingentiert, sondern auch nach bestimmten Kriterien auswählt. Diese Auswahl ist bei uns durch Gesetze weitgehend unmöglich. Das läßt sich erken-

nen, wenn man die wichtigsten Gesetzesbereiche betrachtet, die den Zuzug von Ausländern und deren Aufenthalt in Deutschland regeln:

1. Das Asylrecht des Grundgesetzes verbietet naturgemäß die Auswahl der Zuwanderer nach Kriterien wie Ausbildung, berufliche Qualifikation, Kenntnis der deutschen Sprache, Bereitschaft und Fähigkeit zur Integration, Arbeitsfähigkeit u.ä.
2. Das gleiche gilt für die Spätaussiedler, die ein im Grundgesetz garantiertes Zuzugsrecht haben, weil sie nach dem Grundgesetz Deutsche sind.
3. Auch die Zuwanderung von Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention verbietet es selbstverständlich, die Flüchtlinge nach den ökonomischen Interessen des aufnehmenden Landes auszuwählen und z. B. Alte oder Schwache abzuweisen.
4. Ebenso verhält es sich bei dem gesetzlich geregelten Nachzug von Familienmitgliedern der schon hier lebenden Ausländer.
5. Schließlich ist hier noch eine Gruppe zu nennen, über die wenig gesprochen wird: Die Zuwanderer, die - trotz der Massenarbeitslosigkeit - zur Besetzung der offenen Stellen, für die sich keine Deutschen und keine EU-Bürger mehr bereit finden, ein Arbeits- und Aufenthaltsrecht erhalten.

In Deutschland lebten 1997 7,3 Mio. Ausländer. Sind das viele oder wenige? Es sind so viele wie die Zahl der Einwohner in den vier Bundesländern Brandenburg, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen zusammen. "Deutschland ist kein Einwanderungsland" - so lautet die offizielle Sprachregelung der Bundesregierung und des Landes Bayern. "Nordrhein-Westfalen ist ein Einwanderungsland", so steht es im Landesentwicklungsbericht des Landes Nordrhein-Westfalen von 1996. Ist Nordrhein-Westfalen kein Teil Deutschlands? Wie sind die 7,3 Mio. Menschen nach Deutschland gekommen? Es nützt nichts, sie als Zuwanderer statt als Einwanderer zu bezeichnen. Mehr als 50% von ihnen leben 10 Jahre oder länger hier. Rechnet man die unter 10jährigen Kinder nicht mit, deren Aufenthaltsdauer wegen ihres jungen Alters nicht 10 Jahre oder größer sein kann, dann leben z.B. in Nordrhein-Westfalen sogar fast zwei Drittel der ausländischen Einwohner 10 Jahre oder länger in Deutschland.

Ihre Zahl wird weiter zunehmen, zum einen durch ihren Geburtenüberschuß, zum anderen durch die dargestellten Zuzugsrechte für Asylbewerber, Flüchtlinge, Familienangehörige und Arbeitskräfte zur Besetzung offener Stellen. Der jährliche Geburtenüberschuß der ausländischen Bevölkerung betrug 1995 86 914, dem stand ein Geburtendefizit der deutschen Bevölkerung von 206 281 gegenüber. Dies ergibt ein Defizit von insgesamt 119 367 pro Jahr, das aufgrund des Geburtenrückgangs in den letzten beiden Jahrzehnten langfristig stetig zunehmen und sich dabei verfünffachen wird. Das Defizit nahm 1997 ab, und es wird wohl auch noch in der nahen Zukunft - vorwiegend wegen der momentan gün-

stigen Altersstruktur der Frauen und wegen der Angleichung des extrem niedrigen Geburtenniveaus der neuen Bundesländer an das der alten - vorübergehend abnehmen. Aber dies wird an der langfristigen Entwicklung nichts ändern.

Die Zahl der ausländischen Einwohner wuchs Mitte der 90er Jahre um rd. 280 000 Personen pro Jahr, davon entfielen rd. 90 000 auf den Geburtenüberschuß und rd. 190 000 auf den Wanderungssaldo, wobei der Wanderungssaldo der Spätaussiedler nicht berücksichtigt ist, weil es sich bei diesem Personenkreis nach dem Grundgesetz um Deutsche handelt. Ein jährlicher Zuwachs der Ausländer von 280 000 entspricht bei einer Zahl von 7,3 Mio. einer jährlichen Wachstumsrate von 3,8%. Ist das viel oder wenig? Die größte Wachstumsrate der Bevölkerung haben weltweit die Entwicklungsländer, deren Wachstumsrate ist nur halb so hoch, sie beträgt 1,8%. Auch der am schnellsten wachsende Kontinent Afrika hat eine niedrigere Wachstumsrate, nämlich 2,7%. Und was das Herkunftsland der größten ausländischen Bevölkerungsgruppe betrifft - die Türkei -, so ist die Wachstumsrate dort mit 1,8% etwa halb so groß wie die Wachstumsrate der aus dem Ausland zugezogenen Bevölkerung in Deutschland.

Auch nach der Asylrechtsänderung ist die Zahl der Asylbewerber in Deutschland so groß wie die Summe der Asylbewerberzahlen in den Ländern Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Spanien, Schweiz, Norwegen, Finnland, Dänemark und Belgien zusammen: 1996 waren es im Falle von Deutschland 116 367, die Summe für die genannten Länder ist 116 448.

Die eigentliche Bedeutung dieser Zahlen wird erst ersichtlich, wenn man sie nach Altersgruppen und Regionen untergliedert. Nach Berechnungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen wird sich der Ausländeranteil in der wichtigen Altersgruppe der 20- bis 40jährigen schon bis zum Jahr 2010 auf 40 bis 50% erhöhen, falls die Zahl der Einbürgerungen nicht stark gesteigert wird²:

	1992	2010
Duisburg	17,4	45,9
Remscheid	18,1	44,7
Köln	19,3	42,9
Gelsenkirchen	14,8	42,0
Düsseldorf	17,8	41,6
Wuppertal	17,2	40,9
Solingen	17,5	40,0

Soll der Ausländeranteil weniger stark zunehmen, müßte sich die Zahl der Einbürgerungen von jährlich 27 Einbürgerungen pro 100 Geburten von Ausländern im Zeitraum 1988-94 um ein Vielfaches erhöhen. Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen hat in seiner jüngsten Berechnung unterstellt, daß die Einbürgerungen auf jährlich 247 Einbürgerungen pro 100 Geburten im Zeitraum 2015-19 zunehmen, sich also im Vergleich zum Zeitraum 1988-94 verneunfachen (Birg 1998). Eine Quote von 247 Einbürgerungen pro 100 geborene Ausländer bedeutet, daß sich nicht nur sämtliche als Ausländer Geborene, sondern auch die Mehrzahl ihrer Eltern einbürgern lassen müßten. Das ist nicht wahrscheinlich. Deshalb wird der Ausländeranteil in NRW im Jahr 2040 wahrscheinlich nicht, wie in der jüngsten Vorausberechnung publiziert (Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen 1996), 12,1% betragen, sondern mehr.

Unabhängig von den möglichen bzw. notwendigen Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts läßt sich sagen: Die Deutschen i.S. der heutigen Definition der Staatsangehörigkeit werden ihre Bevölkerungsmehrheit im nächsten Jahrhundert an die Zugewanderten und deren Nachkommen verlieren. Zuerst wird dies in den großen Städten der Fall sein, wo heute bereits in einigen Städten ein Viertel bis ein Drittel Ausländer sind, später flächendeckend auch im Landesdurchschnitt. In Berlin (West) wird z.B. der Anteil der Ausländer bei den unter 20jährigen von heute 25% schon bis 2015 auf 52% zunehmen³.

Na und?, könnte man sagen: Haben sich die Einwanderer aus Polen in das Ruhrgebiet nicht auch problemlos integriert? Der Unterschied zwischen den damaligen und den heutigen Einwanderern liegt auf der Hand: Erstens geht es heute um Millionen von Einwanderern, nicht um Hunderttausende wie damals. Zweitens verlief die damalige Integration keineswegs reibungslos. Der Gebrauch der polnischen Sprache und die Kulturvereine wurden mit polizeilichen Maßnahmen gewaltsam unterdrückt. Im Unterschied dazu gibt es heute in Deutschland Fernseh- und Rundfunksendungen, Zeitungen und Schulen für fremdsprachige Einwohner. Im Zeitalter des Satellitenfernsehens kann man in Deutschland durchaus in seiner Herkunftskultur leben, ohne hier zu Hause zu sein. Wie schnell und radikal sich die Zeiten ändern, sieht man z.B. auch daran: Noch vor wenigen Jahren sprach man davon, daß die Einbürgerung erleichtert werden müsse. Heute herrscht die Sorge vor, daß nicht genug Ausländer dazu bereit sein werden, die deutsche Staatsbürgerschaft überhaupt anzunehmen, wenn sie dafür ihre bisherige aufgeben müßten.

Die Integration der aus außereuropäischen Ländern zugewanderten Bevölkerung stellt eines der wichtigsten Bevölkerungsprobleme Deutschlands dar. Es mangelt in Deutschland vor allem an einer überzeugenden Integrationsidee. Die Idee der Kulturnation - wahrscheinlich nicht mehr die des Nationalstaats alter Prägung - wäre im Hinblick auf die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert

die naheliegende, normale und selbstverständliche Integrationsidee für das 21. Jahrhundert. Aber was für andere Länder etwas Selbstverständliches wäre, ist für Deutschland ein existentielles, vielleicht sogar unlösbares Problem, denn die jüngste deutsche Geschichte ist noch immer nicht Geschichte, sie ragt wie eine nicht vergehen wollende Vergangenheit als ewige Gegenwart in das Heute hinein. Wer kann es den hier geborenen jungen Ausländern (und Deutschen) verdenken, daß sie sich einer Kultur nicht zugehörig fühlen können oder wollen, von der es z.B. bei Daniel Goldhagen heißt, daß in ihr schon immer und schon lange vor der Nazizeit der Keim des Holocaust schlummerte und daß dieser Keim weiterhin virulent bleibt, woran inzwischen sogar viele Deutsche glauben, die es eigentlich besser wissen müßten.

Ist vielleicht Europa eine solche Integrationsidee? Sie könnte es sein, aber nur dann, wenn außer den Deutschen auch die Briten, die Franzosen, die Italiener und die übrigen Völker Europas ihre nationale Identität zugunsten einer europäischen Identität aufzugeben bereit wären. Aber aus welchen Gründen sollten diese Völker etwas aufgeben, auf das sie stolz sind? Deutschland allein wird aber diese neue europäische Identität nicht repräsentieren können. Im Gegensatz zu den USA haben bisher weder Deutschland noch das künftige Europa eine überzeugende Integrationsidee für die außereuropäischen Zuwanderer entwickelt. Der Unterschied zwischen den USA und Deutschland besteht darin, daß in den USA - von den Ureinwohnern abgesehen - alle Bevölkerungsgruppen zugewandert sind, in Deutschland nur diejenigen, die wir als Ausländer bezeichnen. Das erschwert die Entstehung einer überzeugenden Integrationsidee.

In Deutschland kommt folgendes hinzu. Weil die Demographie in der Nazizeit mit Rassenhygiene und Eugenik verknüpft war, glauben viele Deutsche, daß sie einer Wiederholung der Vergangenheit Vorschub leisten würden, wenn sie demographischen Problemen die erforderliche Aufmerksamkeit widmeten. Aufgrund unserer jüngsten Geschichte wird Bevölkerungspolitik in unserem Land abgelehnt, die Probleme der Einwanderung werden ignoriert und tabuisiert. Es gibt in Deutschland keine Einwanderungspolitik, obwohl Deutschland zum wichtigsten Einwanderungsland unter den Industrieländern wurde. Aber wer sich etwas darauf zugute hält, Bevölkerungspolitik abzulehnen, weil Bevölkerungspolitik in der Nazizeit rassistischen und totalitären Inhalten diente, der billigt dadurch der nationalsozialistischen Interpretation des Begriffs Bevölkerungspolitik ungewollt einen absoluten Geltungsanspruch zu. In einer Demokratie bedeutet Bevölkerungspolitik jedoch etwas anderes: das Anerkennen einer Verantwortung für die nachwachsenden, heute noch jungen Generationen, deren spätere konkrete Lebensbedingungen ganz entscheidend von demographischen Faktoren bestimmt werden.

4. Demographisches Wissen und politische Verantwortung

Fragt man nach der Lösung, die die dargestellte Eigendynamik der Bevölkerungsschrumpfung aufhalten könnte, so läßt sich das diesbezügliche Wissen der Demographie wie folgt zusammenfassen und thesenartig zuspitzen: Wenn man die Lösung in einer Beseitigung der Hauptursache der Bevölkerungsschrumpfung sieht, also in einer Anhebung der Pro-Kopf-Geburtenzahl auf rd. zwei Kinder pro Frau, dann ist eine Lösung unter den Lebensbedingungen unserer gegenwärtigen Gesellschaft nicht möglich. Wie die Frage zu beantworten ist, wenn sich diese Lebensbedingungen in der Zukunft einmal drastisch geändert haben werden, so daß dann vielleicht im Durchschnitt die Zwei- bis Drei-Tage-Woche bei einem noch höheren Realeinkommen als heute Realität sein wird, so daß jeder Mensch seine familialen Ziele ohne Konflikt mit seinen beruflichen verwirklichen kann, das sei dahingestellt. Bis dieser Zustand einmal erreicht sein wird, bleibt die Bevölkerungsschrumpfung mit all ihren jahrzehntelangen Folgen ein Dauerthema. Wenn aber die beste Lösung - die Erhöhung der durchschnittlichen Kinderzahl auf ein Niveau, das die Reproduktion der Bevölkerung ohne permanente, große Einwanderungsüberschüsse gewährleistet - bis auf weiteres unerreichbar bleibt, dann ist die Frage um so drängender, warum dann nicht die Konsequenzen aus der Unerreichbarkeit der besten Lösung gezogen werden, indem eine Einwanderungspolitik praktiziert wird, die - unter bestimmten Vorgaben für Einwanderungen aus humanitären Zielen - sowohl quantitative Einwanderungskontingente setzt als auch die Eingewanderten solchen Auswahlkriterien unterwirft, die die Interessen unseres Landes besser berücksichtigen als bisher. Die Frage blieb bisher ohne Antwort. Warum?

Bevölkerungswissenschaftliche Themen und demographische Probleme gelten in der Öffentlichkeit als politische Schmuddelthemen, mit denen man sich besser nicht zu intensiv beschäftigt, weil man sich sonst der Gefahr von Mißverständnissen aussetzt und sich automatisch mit Problemen wie Nationalismus, Rechtsradikalismus und mit unserer jüngsten Geschichte konfrontiert sieht. Läßt sich allein damit die mangelnde Auseinandersetzung der Politik mit demographischen Themen und Problemen erklären? Eine gründliche Analyse fördert eine Reihe von tieferliegenden Faktoren zutage, von denen hier nur einige wenige angedeutet werden können.

Das Verhältnis von Demos, Demographie und Demokratie wird in der Öffentlichkeit meist unter der falschen Prämisse diskutiert, als ob es um die Alternative gehe, entweder eine Demokratie zu haben, dann aber um den Preis der Ignorierung und Verdrängung demographischer Probleme, oder den demographischen Entwicklungsbedingungen und den demographischen Problemen unserer Demokratie die erforderliche Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen, dann jedoch ständig Gefahr zu laufen, einer nicht-demokratischen politischen Entwicklung Vorschub zu leisten oder dieser nicht genügend vorzubeugen. Diese Alternative ist falsch: Es geht nicht nur um diese horizontale Unterschei-

dung zwischen einer demokratischen und einer nicht demokratischen Gesellschaft, sondern daneben gibt es einen vertikalen Unterschied zwischen guten, mittelmäßigen oder schlechten Demokratien. Niemand wird behaupten, daß es diesen vertikalen Maßstab nicht gibt, aber wenn er existiert, dann ist eine Demokratie, die ihre demographischen Existenzbedingungen verdrängt, eine schlechte Demokratie, und zwar schlecht nicht zuletzt deshalb, weil sie jene Gefahr vergrößert, der sie begegnen will, nämlich das politische Abdriften nach rechts.

Der öffentliche Diskurs beruht noch auf einer anderen Prämisse, die ebenfalls falsch, zumindest höchst zweifelhaft ist: Ob das, was sich in der Demographie im niedrigen Geburtenniveau zeigt, wirklich das ist, was die Millionen von Individuen durch ihr persönliches generatives Verhalten nicht nur bewirkt, sondern auch gewollt haben - das zu sagen, ist so lange nicht möglich, wie diese Menschen gar nicht wissen, welche demographische Entwicklung sich durch ihr persönliches Verhalten vollzieht. Bisher hat noch niemand behauptet, daß dieses Wissen in der Politik und auf breiter Basis in der Bevölkerung vorhanden ist. Trotzdem scheint aber die Politik, die dieses Wissen nicht hat und ignoriert, für ihre Distanz zur Demographie eine Rechtfertigung darin zu sehen, daß die demographische Entwicklung angeblich nur der Ausdruck des Willens der Bevölkerung sei, der in den Entscheidungen für bzw. gegen Kinder zum Ausdruck komme. Dies führt zu der Frage, ob die Unterstellung der Politik, daß dies demographische Wissen in der Bevölkerung in ausreichendem Maße vorhanden sei und daß das niedrige Geburtenniveau deshalb als Ausdruck des Willens der Bevölkerung zu interpretieren ist, auf Unwissen über den Kenntnisstand bezüglich demographischer Fakten in der Bevölkerung beruht oder wider besseres Wissen aufrechterhalten wird.

Nimmt man zugunsten der Politiker an - ich spreche hier pauschal von "den Politikern", möchte aber nicht versäumen, zu betonen, daß es "die Politiker" nicht gibt und daß ich stets nur jene Gruppe meine, auf die das Gesagte zutrifft - nimmt man also an, daß die Politiker solches aus Unwissen tun, so bedeutet dies einen Widerspruch, denn dies hieße ja, daß die Bevölkerung über demographische Tatsachen hinreichend informiert wäre und nur die Politiker, die das Vorhandensein dieses demographischen Wissens in der Bevölkerung behaupten, selbst nicht informiert wären. Um Widersprüche zu vermeiden, muß man also annehmen, daß die Politiker nicht aus Unwissenheit, sondern wider besseres Wissen voraussetzen, daß die Bevölkerung genau jene demographische Entwicklung wolle, die sich tatsächlich vollzieht.

Warum könnte es für Politiker sinnvoll sein, ihr Handeln auf eine so weitreichende, falsche Voraussetzung zu gründen? Wahrscheinlich nehmen sie an, von der Bevölkerung, insbesondere den Wählern, nicht verstanden zu werden, wenn sie demographisches Wissen zu einer öffentlichen Angelegenheit machten. Die Gefahr, nicht verstanden zu werden, birgt das Risiko, nicht zu gefallen und

nicht gewählt zu werden. Deshalb ist es wahrscheinlich, daß viele Politiker, d.h. die große schweigende Mehrheit, aus Interesse am Machterhalt die Bevölkerung über die für das gesamte Gemeinwesen fundamentalen demographischen Fakten und Probleme nicht genügend aufklären und auf diese Weise die Menschen im Zustand politischer Unmündigkeit halten.

Diese Überlegungen enthalten für Politiker sicherlich nichts Neues. Sie sind klug genug, um nicht zu wissen, aus welchen Gründen sie sich so verhalten, wie sie sich verhalten. Warum sollten sie auch eine geringere Fähigkeit zur Selbstreflexion haben als die übrige Bevölkerung? Es spricht im Gegenteil alles dafür, daß der dauernde Druck, sich mit den Augen anderer - der Wähler - zu sehen, sie in besonderem Maße dazu befähigt, sich Vorstellungen über ihr Bild in der Öffentlichkeit zu machen und es mit dem Bild zu vergleichen, das sie von sich selbst haben. Sie sind Politiker, weil der Wähler sie zu Politikern gemacht hat, deshalb hat es keinen Sinn, Politiker immer nur zu schelten, sie sind so gut und so schlecht wie die Wähler, von denen sie gewählt wurden, und wenn etwas schief läuft, ist die eine Seite so verantwortlich wie die andere, was - wie schon gesagt - die Gefahr in sich birgt, daß alle und damit keiner wirklich verantwortlich ist.

Aus einer theoretischen, idealen Sicht vollzieht Politik in einer Demokratie den Willen des Volkes. In diesem idealen Fall geschieht dann auch das Verdrängen des demographischen Wissens nach dem Willen des Volkes. In diesem Modell haben die Politiker die Funktion, die bloßen ausführenden Instanzen zukommt. Sie sind keine Führungselite, sondern eine Funktionseleite. Ein früherer Bundeskanzler sagte von sich, er fühle sich in der Rolle des "Aufsichtsratsvorsitzenden der Bundesrepublik Deutschland", und wie eine repräsentative Untersuchung ergab, die von Wilhelm Bürklin an der Universität Potsdam durchgeführt wurde, versteht sich die deutsche politische Funktionseleite nur als Funktionseleite, nicht als Wertelite. Diese Funktionseleite sagt von sich selbst, daß sie "fast geschichtslos" ist. So lange die Wertestruktur, auf der das Funktionieren der Gesellschaft beruht, keine größeren Schwierigkeiten heraufbeschwört, stellen sich in diesem Modell theoretisch keine Probleme, die Funktionseleite braucht dann keine Wertelite zu sein, denn indem sie die intakten Werte, die sich in der Geschichte gebildet haben, anwendet, handelt sie gemäß den Werten, auch wenn sie die Werte nicht teilt. Wenn aber - wie in der NS-Zeit - die Werte "umgewertet" werden und die Funktionseleite sich trotzdem darauf beschränkt, lediglich zu funktionieren, führt dieses Modell in die Katastrophe.

Auch in weniger extremen Fällen ist das Verhältnis von Demos und demokratischen Repräsentanten nicht einfach als das von Willensträgern zu Willensvollziehern zu definieren. Dann müssen beide Seiten versuchen, eine gültige Definition ihres Verhältnisses zu erarbeiten. Da aber die Definitionsmacht auf beiden Seiten liegt, kann dies zu den verschiedensten Ergebnissen führen. Beispielsweise können sich beide Seiten gegenseitig als notwendiges Übel betrachten. Über die Regierung der frühe-

ren DDR formulierte Bert Brecht sarkastisch: Die Regierung solle doch einfach das Volk auflösen und sich ein anderes wählen. In der jüngsten Geschichte Deutschlands gab es noch andere groteske Verhältnisse zwischen Demos und Regierung, vor allem das besonders verhängnisvolle von Verführten zu Verführern. In all diesen meist negativen Beispielen war der Begriff Verantwortung seines wesentlichen Inhalts beraubt und auf seine verfahrensmäßige Dimension reduziert, weil die ihm zugrunde liegende "letzte Verantwortung" vor Gott oder vor einer anderen, beiden Seiten übergeordneten Instanz aus dem Blick geraten war oder sogar explizit geleugnet wurde.

Das Vorherrschen der negativen Beispiele in der jüngsten Geschichte bedeutet nicht, daß es keine positiven geben könnte. Volk und Politiker können sich auch in würdevoller Weise gegenüberstehen und gegenseitig achten. Unabhängig davon, daß das aus heutiger Sicht vielleicht eine unerfüllbare Hoffnung ist, läßt sich sagen: So vielfältig die Beziehungen zwischen Individuen sind, so vielfältig können auch die Beziehungen zwischen dem Volk und den Politikern sein. Das Verhältnis zwischen beiden Seiten ist nichts Vorgegebenes, es ist gestaltbar und unterliegt einem Wandel. Wohin es sich entwickelt, läßt sich nicht voraussagen.

Die Unvorhersagbarkeit der Wechselwirkungen zwischen den Sphären der Demographie und der Politik sollte den naiven Glauben an die Planungs- und Machbarkeitsideologie im Keim ersticken. Wir haben es mit höchst komplexen Fragen zu tun, was immer dann zu erwarten ist, wenn, wie hier, die Sphäre des Faktischen mit der des Sittlichen unauflöslich verbunden ist. So mag z.B. bei einem Teil der Bevölkerung der moralisch negative Hedonismus die Ursache für die niedrige Kinderzahl bzw. Geburtenhäufigkeit sein, aber da ein niedriges Geburtenniveau zu arbeitsmarktpolitisch begründeten massenhaften Einwanderungen beiträgt und die gedankliche Verarbeitung des Faktums der Einwanderung durch die Öffentlichkeit am Ende die positive Folge haben kann, daß ein Land sich den Tatsachen stellt und begreift, daß es - ob geplant oder nicht - zu einem Einwanderungsland geworden ist - so könnte das schließlich zu dem positiven Endergebnis führen, daß es den Nationalstaat des 19. Jahrhunderts zugunsten eines aufgeklärten, humanen Zielen verpflichteten Nationalstaats - nennen wir es einen Patriotismus der Menschlichkeit - nicht "überwindet", aber sich zu ihm weiterentwickelt, und zwar nicht nur in den Sonntagsreden, sondern in der Wirklichkeit. Ein solcher Patriotismus ist dadurch gekennzeichnet, daß er erkennt, daß die abstrakte Menschheitsliebe nur fruchtbar werden kann, wenn sie bei der konkreten Liebe zum Nächsten in der Familie und in der Nachbarschaft, also bei den Menschen im eigenen Land beginnt. Das setzt voraus, daß die Menschheitsliebe nicht gegen die Liebe zu diesem besonders nahen Nächsten politisch ausgespielt wird.

5. Schlußbetrachtungen

Der Gegenstand der Demographie als Wissenschaft - die Bevölkerung - wurde in der Moderne seit den Utopien aus der Zeit der Renaissance von Tommasio Campanella, Thomas Morus und Francis Bacon bis zur Epoche Stalins und Hitlers als ein Mittel der Herrschaft instrumentalisiert, nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mit der Bevölkerungsentwicklung zusammenhängende fundamentale politische und kulturelle Fragen fast gänzlich ignoriert, insbesondere in Deutschland. Dieses Ignorieren ist ein Reflex der Scham und eine Schutzreaktion aus den Tiefenschichten des historischen Gedächtnisses, die nicht bewußt und, je tiefer sie liegen, desto weniger bewußtseinsfähig sind. In diesen Schichten finden die Heilungsprozesse statt, die viel Zeit erfordern und die über die Lebenszeit eines Individuums hinausreichen. Aus solchen Vorgängen ist die Geschichte gemacht, von der die Politik aber glaubt, daß sie die Geschichte mache.

Die Verantwortung der Politik kann sich nur auf das bewußte, zurechenbare Handeln (und Unterlassen) erstrecken. Kann man aber bewußt etwas nicht wissen wollen, bevor man dieses Etwas überhaupt kennt? Das ist eigentlich ein Unding, deshalb muß wohl das kollektive Verdrängen als ein Teil des Scham-Reflexes verstanden werden. Ob es sich darüber hinaus auch um eine Verantwortungslosigkeit im moralischen Sinn handelt, darüber läßt sich nur im jeweiligen Einzelfall einer bestimmten Person auf angemessene Weise reden - ein Thema, das hier nicht zur Debatte steht.

Dieser Beitrag wurde als Vortrag vor einer wissenschaftlichen Gesellschaft konzipiert. Deshalb möchte ich abschließend auf ein wissenschaftsbezogenes Problem eingehen, das aber zugleich von größter politischer Bedeutung ist: Die Bevölkerungswissenschaft kann nur dann ihre Aufgabe erfüllen, durch Theorien eine Erklärung der Wirklichkeit zu leisten, statt eine bloße Methode zu ihrer Beschreibung zu sein, wenn sie ihre eigene theoretische Fundierung klärt. Bevölkerungswissenschaft kann als theoretische Disziplin entweder in der Naturphilosophie oder in der Geschichtsphilosophie fundiert sein. Sie war in ihrer Entwicklungsgeschichte nach Malthus vorwiegend naturphilosophisch ausgerichtet, ihre naturwissenschaftliche Leitdisziplin war die Biologie. Die fatalen Konsequenzen, die diese Entwicklungsgeschichte als Teil des Modernisierungsprozesses hatte, sind bekannt.

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurden die Geistes- und Sozialwissenschaften zur Leitdisziplin der theoretischen Demographie. Das Sich-Heraushalten der Politik aus dieser scheinbar rein akademischen Frage bedeutet in der Konsequenz einen Rückfall in die naturphilosophisch-biologische Phase. Denn nicht gestalten wollen ist hinsichtlich seiner Wirkung keineswegs etwas Passives, moralisch Neutrales. Es könnte sich so auswirken, als ob die Politik aktiv für die dunkle, überwunden geglaubte Seite des demographisch-geschichtlichen Prozesses Partei ergriffen hätte. Sie kann sich dann nicht damit

aus der Verantwortung ziehen, daß sie nichts gewußt hat. Wir Deutsche fühlen uns für unsere Vergangenheit verantwortlich, aber das sollte einschließen, daß wir uns auch für unsere Zukunft angemessen interessieren, die selbst einmal Vergangenheit sein wird. Sonst könnte man in 50 Jahren auf unsere Epoche vielleicht einmal ebenso entsetzt zurückblicken wie wir heute auf unsere Vergangenheit in diesem Jahrhundert.

Anmerkungen

- ¹ Das ist das Ergebnis umfangreicher Projektions- und Simulationsrechnungen des IBS, deren Veröffentlichung in Vorbereitung ist.
- ² ILS-Schriften, herausgegeben vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW (ILS) im Auftrag des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Nr. 85, Dortmund 1995, S. 29.
- ³ Ergebnisse eines gemeinsamen Gutachtens des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Berlin) und des Verfassers im Auftrag der Berliner Verkehrsbetriebe.

Literaturverzeichnis

- Birg, H.; Flöthmann, E. J.; Reiter, L., 1991: Biographische Theorie der demographischen Reproduktion. Frankfurt/New York
- Birg, H.; Filip, D.; Flöthmann, E.-J. Frein, T., 1997: Zur Eigendynamik der Bevölkerungsentwicklung der 16 Bundesländer Deutschlands im 21. Jahrhundert - Ein multiregionales Bevölkerungsmodell mit endogenen Wanderungen. IBS-Materialien Bd. 42, Universität Bielefeld
- Birg, H., 1998: Nationale und internationale Rahmenbedingungen der Bevölkerungsentwicklung Bielefelds im 21. Jahrhundert. Vortrag im Projekt "Bielefeld 2000plus", Universität Bielefeld, Diskussionspapier Nr. 2, Januar 1998, Tabelle 1
- Bomsdorf, E., 1993: Generationssterbetafeln für die Geburtsjahrgänge 1923 bis 1993. Köln
- Dinkel, R.H.; Höhn Ch.; Scholz, R., 1996: Sterblichkeitsentwicklung - unter besonderer Berücksichtigung des Kohortenansatzes. München: Boldt Verlag im Oldenbourg Verlag, Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung; 23



Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), 1997: Wachstumsmotor Alter(n). Bonn

Jonas, H., 1979: Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt/M.

Klose, H.-U. (Hrsg.) 1993: Altern hat Zukunft. Opladen

Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), 1996: Vor-
ausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens -
Bevölkerungsprognose 1996 bis 2015/2040. Heft 760, Düsseldorf

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (Hrsg.), 1998: Prognos-Gutachten 1998 - Auswirkungen
veränderter ökonomischer und rechtlicher Rahmenbedingungen auf die gesetzliche Renten-
versicherung in Deutschland. Frankfurt am Main